



AUSGABE 15 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 22.12.2004

Knappheit

S. 3

Die Preise für Kokskohle explodieren – die SPD sorgt sich um die Unternehmen im Land, die auf diesen Rohstoff angewiesen sind. Soll deswegen eine neue Kokerei in NRW gebaut werden? Meinungen aus der Aktuellen Stunde.

Endspurt

S. 8

Bund und Länder haben lange darum gerungen, wie sie ihre Aufgaben und Zuständigkeiten sauber aufteilen. Bericht des Landesjustizministers und Debatte über den Endspurt in der Föderalismuskommission.

Feldhamster

S. 15

Stoppt der Feldhamster eine Milliardeninvestition? Die Koalition sagt: Kommt nicht infrage. Der Opposition schwant Verzögerungstaktik.



Rückblick

S. 20/21

Ein arbeitsreiches Jahr geht für das Landesparlament zu Ende. Die Redaktion hat in die Parlamentszeitschrift geschaut und unternimmt einen Rückblick. Stets im Hintergrund: die schwierige Finanzlage des Landes.

Den Opfern einen Namen geben – das ist das Anliegen der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel. Hier stehen auf Steinsäulen die untergegangenen jüdischen Gemeinden Europas, darunter wie im Bild Gemeinden aus Nordrhein-Westfalen, die dem Terror der Nazis zum Opfer gefallen sind. Auf Zeugnisse und Zeugen der deutschen Vergangenheit stieß die Delegation des Landtags bei ihrem Israelbesuch immer wieder – Grund genug, sich der eigenen historischen Verantwortung bewusst zu sein und bei Ratschlägen zur Lösung des Nahost-Konflikts Zurückhaltung zu üben. Der Besuch gab einen Eindruck von der aktuellen Situation: Zum einen die tägliche Bedrohung durch den Terror, zum anderen die Hoffnung, dass in der Nachfolge Arafats die Chance auf Frieden größer wird.

(Seiten 11 bis 13).

Wort und Widerwort:

„Therapeutisches Klonen – mehr Chancen oder mehr Risiken?“

Die Erwartung ist groß: Durch therapeutisches Klonen sollen eines Tages Krankheiten bekämpft und geheilt werden können, die heute noch als unbesiegbar gelten. Die Kirchen und große Teile der Politik nehmen diese Verheißung der Wissenschaft mit Skepsis oder gar Ablehnung auf: Ist es ethisch vertretbar, entstehendes menschliches Leben für Fortschritte in der Medizin zu „verbrauchen“? Drei Fraktionen im Landtag, SPD, CDU und GRÜNE, lehnen das nach wie vor ab: Sie sind gegen jegliches Klonen von Menschen und wollen das auch international verboten wissen. Die Liberalen nehmen einen anderen Standpunkt ein. Sie wollen, dass die Stammzellenforschung sich frei entfalten kann (Seite 10).



NRW und Israel – Besuch an historischer Wende

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
„Mitten in der globalen Rohstoffkrise“	3
Opposition beantragt dritte Lesung zum Schulgesetz	4
Für oder wider die Hauptschule	5
<i>Wer will das dreigliedrige Schulsystem abschaffen?</i>	
Gedanken über Patriotismus	6
Kampf der „Krake Korruption“	7
Plenardebatte über die Föderalismuskommission	8
<i>Neue Strukturen braucht das Land</i>	
Gemeinden benötigen Hilfe beim Umbau	9
<i>Opposition fordert neue Finanzierungswege</i>	
Wort und Widerwort	10
<i>„Therapeutisches Klonen – mehr Chancen oder mehr Risiken?“</i>	
Vom Holocaust zur Partnerschaft	11
<i>Der Prozess der Normalisierung ist schwierig und langwierig</i>	
Frieden im Heiligen Land nah wie nie?	12/13
<i>Bilanz der Landtagsreise: Nach Arafat kündigt sich vorsichtig ein Wandel an</i>	
Hochschulreife am Schwebebalken	14
<i>Votum für Sport als viertes Abiturfach</i>	
Grassierender „Hamster-Wahnsinn“?	15
<i>Landesregierung sieht Bau des Braunkohlekraftwerks nicht gefährdet</i>	
Zehn Millionen für die Integration	16
<i>Ministerin Fischer berichtet im Migrationsausschuss</i>	
Baukultur ist Standortfaktor	17
<i>Sachverständige fordern Qualität statt Quantität</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Bund und Land – Hand in Hand	19
<i>Neues Buch der Landtagsreihe</i>	
Stalking soll eigener Straftatbestand werden	19
Jahresrückblick	20/21
<i>Der Queen-Besuch rundet ein arbeitsreiches Jahr im Landtag ab</i>	
Aus den Fraktionen	22
Porträt der Woche: Karin Jung (SPD)	23
Ausstellung: Caritas zeigt weltweites Wirken	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Viele Schultern tragen die Last

Endlich – nach eingehender Beratungszeit und schwieriger Terminsuche hat sich der Landtag Nordrhein-Westfalen zur lange geplanten Israelreise mit einer Delegation aufgemacht. Die Entscheidung fiel in einer Zeit, als blutiger Terror die Schlagzeilen bestimmte. Sie war darum auch als Demonstration gedacht: Seht her, wir lassen Euch nicht im Stich.

Im Gepäck der Delegation immer dabei: die Last der deutschen Geschichte. Der Völkermord der Nationalsozialisten hat tausende jüdischer Gemeinden in ganz Europa ausgelöscht. In den Großstädten und auf dem Land: Rahden, Minden, Lübbecke, Gütersloh, Rheda, Beverungen, Nieheim, Warburg sind von der Landkarte verschwunden, dafür hat sich in diesem Teil des Landes jüdisches Leben wieder in Herford, Detmold, Paderborn und Bielefeld entwickelt. „Neben Israel ist Deutschland das einzige Land, in dem die Zahl der Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens unverändert wächst“, stellte jüngst der Landtag in seinem Entschließungsantrag zum jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen fest.

ZEICHEN SETZEN

Ein Antrag übrigens, der von allen vier Fraktionen des Landesparlaments unterschrieben worden ist. Die Last der Geschichte ist eben erträglicher, wenn sie von vielen Schultern getragen wird. Dieser Einsicht sind in NRW schon früh Taten gefolgt. Gewerkschaftskontakte, Schul- und Städtepartnerschaften, private Reisen und parlamentarischer Austausch haben ein Band der Begegnung und der Freundschaft mit Israel geknüpft. Eine Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe, die erste eines Landesparlaments überhaupt, wurde in Düsseldorf gegründet. Die jüdischen Gemeinden im Land wachsen, neue Synagogen, Schulen, Kindergärten und Gemeindezentren werden gebaut.

Ist darum die Aussöhnung vollendet, der Schrecken der Vergangenheit vergessen?

Nein, noch immer werden auf den Straßen Naziparolen gegrölt, werden Hakenkreuze auf jüdische Grabsteine geschmiert und regen sich Parteien, die das Gedankengut von gestern verbreiten wollen. Täuschen wir uns nicht: Wenn Neonazis in den sächsischen Landtag einziehen, dann blickt die Welt auf Deutschland und fragt sich: Lebt der alte Ungeist noch? Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen können im kommenden Mai zeigen: In NRW nicht! Die Menschen in Israel warten auf dieses Zeichen. Wir haben es in der Hand. **JK**

„Mitten in der globalen Rohstoffkrise“

Abgeordnete debattieren über steigende Preise für Koks und Stahl

In der letzten Zeit sind die Preise für Koks und Stahl explodiert: Chinas Rohstoffhunger treibt auch hierzulande die Kosten für Stahl verarbeitende, oft mittelständische Unternehmen. Dabei ist noch vor kurzem an der Ruhr eine komplette Kokerei stillgelegt und in die Volksrepublik verschifft worden – lohnt sich da der Bau einer neuen Kokerei? Darüber stritten Koalition und Opposition in der Aktuellen Stunde der SPD am 10. Dezember: „Konjunkturrisiko Koks-kohle: Neue Preisrunde behindert Wachstum.“

Werner Bischoff (SPD) meinte: „Stahl ist gefragt wie nie.“ Die derzeitigen Preiserhöhungen für Stahl und Koks gefährdeten zahlreiche mittelständische Unternehmen; aber nicht nur die seien betroffen. Im Ausland würden bereits Standorte der Automobilindustrie wegen Stahlmangels geschlossen, fuhr Bischoff fort und sagte wörtlich: „Wir diskutieren nicht nur ein deutsches oder europäisches Problem. Wir diskutieren eigentlich über eine globale Rohstoffkrise.“ Man sei kalt erwischt worden: Die Meinung, es gebe genug Koks-kohle, die man nur auf dem Weltmarkt einfordern müsse, habe sich als absolut falsch herausgestellt, „Deutschland hat sich mittlerweile zu dem weltweit größten Koksimporteur entwickelt“. Das Land habe im Zuge der Aufkündigung des Kohlekompromisses hochmoderne Zechenkokereien stillgelegt. Wer aber die volkswirtschaftliche Bedeutung einer gesicherten Energie- und Rohstoffversorgung leichtfertig aufs Spiel setze, „der gefährdet den Industriestandort Deutschland und schadet vor allem seinem industriellen Herzstück, nämlich Nordrhein-Westfalen“.

Christian Weisbrich (CDU) hatte den Eindruck, die SPD wolle die steigenden Stahlpreise für den Konjunkturreinbruch in NRW verantwortlich machen. „Sie behaupten auch: Die Stahlpreise steigen, weil es in Deutschland zu wenig Koks gibt. Sie behaupten weiter: Es gibt zu wenig Koks, weil wir nicht mehr genügend Subventionen für Herrn Müller und seine

RAG und Ihre Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie herausrücken wollen“, ging Weisbrich in seiner Argumentation weiter. Er fuhr fort: Es sei „Blödsinn im Quadrat“ zu behaupten, mehr Subventionen lösten alle Probleme. Die Preise stiegen nicht nur in Deutschland sondern weltweit. In China, Australien, den USA und Südafrika würden die Fördermengen bereits ausgebaut. Wenn der RAG-Chef da meine, eine zusätzliche Kokerei in Deutschland rechne sich, „dann soll er auch das tun – auf eigenes Risiko, auf eigene Kosten“.

Reiner Priggen (GRÜNE) fand den Verkauf der Kokerei Kaiserstuhl durch die Ruhrkohle nachvollziehbar, weil die Stahlindustrie gesagt habe, sie brauche den Koks nicht mehr. Die explosionsartige Entwicklung der Preise habe aber nicht nur die RAG, sondern viele erwischt. Darum sei es eine vernünftige Maßnahme, die Kokerei Prosper zu erweitern. Ob es aber auf Dauer wirtschaftlich Sinn mache, das Kohlefeld Donar nördlich von Hamm zu erschließen, bezweifle er. Die Preise würden sich mit großer Sicherheit in den nächsten Jahren wieder abschwächen. Priggen appellierte an die Stahlfirmen, zu bedenken, „dass das, was sie im Moment an Vorteilen erzielen können, ihnen langfristig unter Umständen schadet“. Denn auf der anderen Seite stünden Firmen, die mit Stahl arbeiten wollen und müssten.

Dr. Gerhard Papke (FDP) sah die Aktuelle Stunde als Bestandteil einer groß angelegten

Werbekampagne: Bergbau, Koalition und Landesregierung wollten suggerieren, die Milliarden-subventionen für Steinkohle wären gut angelegtes Geld. Aber in Wahrheit sei jeder Cent öffentlicher Förderung eine Verschwendung von Steuergeldern. Papke: „Es ist geradezu abenteuerlich, die angebliche Renaissance nordrhein-westfälischer Steinkohle auf den gegenwärtigen Anstieg der Importpreise für Koks-kohle und Koks zu bauen.“ Scharf griff er Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) wegen seines Eintretens für die Steinkohle-Imagekampagne an: Steinbrück habe die Interessen der Bürger des Landes und nicht der Kohlelobby zu vertreten. Wenn die deutsche Stahlindustrie mit der Kündigung des Hüttenvertrags zur gegenwärtigen Lage beigetragen habe, „dann muss sie selber zusehen, wie sie die entsprechenden Kapazitäten vorhält und ihre Nachfrage befriedigt“. Für die Bundes- und Landespolitik gebe es keinen Anlass, in die Bresche zu springen. Das Land sollte endlich seine Subventionen an die Entwicklung der Weltmarktpreise anpassen und Mittel zurückfordern. Wenn nicht, dann „verrät der Ministerpräsident die Interessen von Nordrhein-Westfalen“.

Nach diesen Worten erlitt Papke einen Schwächenanfall und musste seine Rede abbrechen. Während der FDP-Abgeordnete ärztlich behandelt wurde, schloss Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Aktuelle Stunde und ließ die vorgesehene Rede von Wirtschaftsminister Harald Schartau (SPD) zu Protokoll nehmen. 🐼

Glühend heiß erscheinen derzeit die Preise für Koks, Stahl und Schrott auf dem Weltmarkt – darüber stöhnen viele mittelständische Betriebe, die auf diese Rohstoffe angewiesen sind. Unser Bild zeigt die Produktion von Koks auf der Kokerei Prosper in Bottrop. Foto: Deutsche Steinkohle AG

Verabschiedung verschoben Opposition beantragt dritte Lesung zum Schulgesetz

Die Monate währenden Kämpfe um das von der Regierungskoalition geplante neue Schulgesetz gehen in eine weitere Runde. Die Oppositionsfractionen beantragten bei der letzten Plenarsitzung vor der Weihnachtspause eine dritte Lesung des Gesetzes. Dadurch kann der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/5394) erst Ende Januar 2005 verabschiedet werden. Das Gesetz biete inhaltlich keine Lösungsansätze für die Probleme der Schulen, kritisierte die Opposition.

Sie forderte unter anderem, den Anspruch jedes Kindes auf individuelle Förderung im Gesetz festzuschreiben. Rot-Grün hingegen sieht diese Ansprüche im neuen Schulgesetz verwirklicht. Der Gesetzentwurf wurde an den Schulausschuss zurück überwiesen.

Brigitte Speth (SPD) bezeichnete das Schulgesetz NRW als „das größte Gesetzesvorhaben im Bildungsbereich seit mindestens 20 Jahren“. Das zentrale Anliegen des neuen Schulgesetzes sei es, für weniger Bürokratie, mehr Selbstständigkeit und mehr Transparenz an den Schulen zu sorgen. Dies entspreche dem Zeitgeist, so Speth. Bislang gebe es sieben verschiedene Schulgesetze in NRW. Diese würden nun zu einem „schlanken Schulgesetz“ zusammengefasst. „Überflüssige Regelungen werden gestrichen, Verfahren vereinfacht.“ Das alleine sei schon die Mühen der letzten Wochen und Monate wert gewesen. Das neue Gesetz schaffe Rahmenbedingungen für eine größere pädagogische, organisatorische und wirtschaftliche Selbstständigkeit der Schulen. „Und genau das wollen wir auch.“

Bernhard Recker (CDU) machte deutlich, dass seine Fraktion das Schulgesetz in der jetzigen Form ablehnen werde. „Es ist im Ansatz verfehlt, unausgegoren, nicht ausdiskutiert“. Zudem werde es den Zukunftserfordernissen des Schulwesens in NRW in entscheidenden Punkten nicht gerecht. Rot-

Grün wolle jedoch das „angeblich größte Schulgesetz“ um jeden Preis „durchpeitschen“. Stellvertretend für seine Fraktion forderte er, den Anspruch jedes Kindes auf individuelle Förderung, ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulsystem sowie ein klares Bekenntnis zur Verbesserung der Qualität und Quantität sonderpädagogischer Förderung im Gesetz festzuschreiben. „Allein die Tatsache, dass Sie im neuen Gesetz weniger Paragraphen als vorher haben, hat absolut nichts mit Deregulierung zu tun.“ Bis zur dritten Lesung bleibe Zeit, grundlegende Änderungen vorzunehmen.

Ralf Witzel (FDP) stellte fest: „Das größte rechtliche Reformprojekt im Bildungsbereich seit Beginn dieser Legislaturperiode ist bezogen auf wesentliche Zielsetzungen und Herausforderungen einer modernen Bildungspolitik gescheitert.“ Die Landesregierung habe nach 14-monatiger Debatte einen „phantasielosen Gesetzentwurf“ vorgelegt, der „im Wesentlichen eine Rechtszusammenfassung“ darstelle. Die „PISA-Notwendigkeiten“ seien bei dem Gesetzgebungsverfahren unberücksichtigt geblieben. Zudem sei das bisherige

Beratungsverfahren im Schulausschuss „außerordentlich chaotisch“ gewesen. Einerseits hätten „auf Drängen des Ministeriums“ Ausschussanhörungen zu wichtigen Fachthemen nicht stattgefunden. Andererseits sei „am Rande des Plenums in einer absoluten Ad-hoc-Sitzung ein Konvolut von etwa 120 Änderungsanträgen ‘durchgestimmt’ worden“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, wies die Kritik der Oppositionsfractionen am Schulgesetz entschieden zurück: „Sie halten es

nicht für entscheidungsreif und zustimmungsfähig, waren aber nicht einmal in der Lage, formal korrekte Änderungsanträge einzubringen.“ Löhrmann erkannte in dem Gesetzentwurf einen weiteren Schritt in Richtung Realisation der von ihrer Fraktion ins Leben gerufenen Initiative für selbstständige Schulen – vor fünf Jahren unter dem Titel „NRW Schule 21“ vorgestellt. „Damit – das wiederhole ich gerne – haben wir eine kleine bildungspolitische Revolution ausgelöst“, so die Abgeordnete. Die Bildungspolitik der NRW-CDU befinde sich hingegen heute noch „mental in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts“. Mit dem neuen Schulgesetz nehme NRW nun „die Verfolgung der PISA-Gewinner aus Skandinavien mit großen Schritten auf“.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) nannte die Zustimmung des Landtags zum neuen Schulgesetz eine „wegweisende Entscheidung“. Das neue Gesetz stehe für „Bürgernähe und Partizipation“. Dies sei die Grundlage für die Bildungsreform in NRW und gebe den Weg frei für eine Modernisierung des Bildungswesens. Man wolle Schulen, die gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung gewährleisten und die frühzeitig und individuell fördern. „Den Weg zu diesen Zielen gehen wir über unsere selbstständigen Schulen.“

Elke Rühl (L), CDU-Abgeordnete aus Remscheid, ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt als neue Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen verpflichtet worden. Die 56-jährige Industriekauffrau rückte von der Reserveliste ihrer Partei für den verstorbenen CDU-Abgeordneten Franz-Josef Pangels nach. Foto: Schälte



Für oder wider die Hauptschule

Wer will das dreigliedrige Schulsystem abschaffen?

Ist die Hauptschule ein Auslaufmodell auf der rot-grünen Streichliste? Die Aussagen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn rund um das Thema waren für CDU- und FDP-Fraktion Anlass genug, eine Aktuelle Stunde einzufordern. „Unser gegliedertes Schulwesen erhalten“ (CDU) und „Länder entscheiden über Bildungsfragen“ (FDP) waren dabei die Leitsätze.

Bernhard Recker (CDU) warf der Koalition vor, sie fordere die Abschaffung der Schulform Hauptschule „anstatt ihr vernünftige Rahmenbedingungen zu geben. Wie müssen sich denn Lehrer, Schüler und Eltern fühlen, wenn sie derart abgeschrieben werden?“ Warum, so fragte er, müsse die Hauptschule schon wieder als Sündenbock herhalten? Und wie käme eine Bundesministerin dazu, sich in Länderangelegenheiten einzumischen? „Wir als CDU-Fraktion stehen zur

interview mit der ehemaligen Schulministerin Gabriele Behler (SPD). „Wir müssen“, forderte er, „bestehende Unklarheiten schnellstens durch ein Signal neuer Verlässlichkeit beseitigen. Wir wollen die PISA-Ergebnisse gründlich auswerten und keine ideologischen Bildungskämpfe um neue Schulstrukturen ausfechten. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dafür keine gesicherte Erkenntnis.“

Wolfgang Große Brömer (SPD) konterte, die Strukturdebatte, die derzeit stattfindet, werde von CDU und FDP initiiert: „Sie hat eine Vehemenz erreicht, wie wir sie im ideologischen Sinne seit 20 Jahren nicht erlebt haben.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Opposition vor, „Schlachten der Vergangenheit“ zu schlagen. Hier wolle man nicht über Strukturen diskutieren. Wo CDU und FDP in der Verantwortung seien, ändere man diese. Sie verwies dabei auf die Trennung der zusammengeführten Sonder- und Grundschule in Hamburg und die Abschaffung der Orientierungsstufe in Niedersachsen. In den Ballungsräumen werde die Hauptschule nur noch von zehn Prozent eines Jahrgangs besucht. „Die Kinder und Jugendlichen müssen sich als dumm und ausgeschlossen fühlen.“ Nur zehn Prozent der Hauptschüler erhielten eine Lehrstelle. Löhrmanns Quintessenz: „Wir brauchen eine Schule, die kein Kind beschämt. Das kann nur eine Schule sein, die alle Kinder gemeinsam zu Leistung und Erfolg führt: die Gemeinschaftsschule der Vielfalt.“

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) stellte klar, dass es „vorrangig um die Reformen im gegenwärtigen Schulsystem geht“. Reformen, die man derzeit in



Bernhard Recker (CDU)

Ralf Witzel (FDP)

Wolfgang Große Brömer (SPD)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Ute Schäfer (SPD)

Fotos: Schälte

Hauptschule“, bekannte Recker. „Wir wissen um ihre Probleme. Wir kennen aber auch ihre Leistungsfähigkeit. Darum wollen wir sie stärken.“ Die Hauptschule müsse dringend vom Stigma der Restschule befreit werden – durch eine positive Abgrenzung zu anderen Schulformen. „In der Förderung der praktischen Intelligenz und der gesellschaftlichen Integrationsleistung.“

Ralf Witzel (FDP) will sich „die Hauptschulen nicht schlechter reden lassen, als sie sind“. PISA habe gezeigt, dass es um eine Qualitätsdiskussion gehen müsse. „Öffentliche Debatten über alternative Schulstrukturen haben eher zur Verunsicherung vor Ort geführt. Der Befund, dass die deutschen Forscher für PISA feststellen, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Leistungserbringung, dringt nicht mehr durch“, zitierte Witzel aus einem Zeitungs-

Dabei habe die CDU vor zwei Jahren mit „ihrem obskuren Förderschulmodell“ selbst die Abschaffung der Hauptschule gefordert. Und auf die Liberalen gemünzt: „Wenn wir Ihren Änderungsanträgen gefolgt wären, dann hätten wir die Gesamtschule in Gänze abgeschafft.“ Das Bildungssystem sei offensichtlich gut aufgestellt im Bereich Fordern, nicht aber im Fördern. PISA II habe gezeigt, dass es im Bildungssystem nicht gelänge, bestehende Bildungspotenziale abzurufen. Der „sicher verkürzt dargestellten“ Aussage von Edelgard Bulmahn stimme allerdings auch er nicht zu. Aber es müsse an dieser Stelle doch erlaubt sein nachzudenken – ohne Scheuklappen.

NRW angehe. Auch die Bundesbildungsministerin habe gesagt, dass eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems allein nichts bewirken werde. „Grundlegende Strukturveränderungen brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Diesen Konsens sehe ich zurzeit nicht“, so Schäfer. Niemand wolle die Hauptschulen abwerten. Vielmehr habe die Landesregierung „die besonderen schulformspezifischen Belange intensiv mit allen Beteiligten diskutiert“. Auch ein Beitrag, „damit die Hauptschulen ihre Aufgaben so gut wie möglich wahrnehmen können“, verwies die Fachministerin auf zusätzliche 400 Stellen für Sprachförderung in den Klassen 5 und 6, auf die Tatsache, dass mittlerweile zwei Drittel aller Hauptschulen ein Ganztagsangebot vorhalten, auf Integrationshilfen und 400 Sozialpädagogen im Land.

„Stolz, ein Deutscher zu sein“

Gedanken über Patriotismus

Auf Antrag der Grünen hat sich der Landtag am 16. Dezember in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Die Patriotismusdebatte ist oberflächlich und unnötig – wir brauchen eine Wertedebatte“ auseinander gesetzt.

Foto: Schälte

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, hielt der Union vor, sie breche immer dann eine Patriotismusdebatte vom Zaun, wenn sie von etwas ablenken wolle – von personellen Schwierigkeiten oder von der eigenen Konzeptionslosigkeit. Nicht zum ersten Mal werde versucht, die politische Konkurrenz als „Vaterlandsverräter zu diffamieren“. Aber das hätten die Menschen durchschaut. Mit wohl verstandenem Patriotismus hätten sie und ihre Fraktion kein Problem, aber auch kein Bedürfnis, ihn wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Aber es sei ein gefährliches Spiel, unter dem Deckmantel des Patriotismus Stimmen von Rechts holen zu wollen, ohne die Bürgerlichen zu verschrecken. Eine solche Auseinandersetzung bringe nichts und sollte möglichst rasch in eine „ehrliche Debatte über unsere Werte verwandelt werden und über die Frage, was unsere Gesellschaft zusammenhält“. So etwas baue Brücken und führe die Menschen zusammen – „schön, wenn uns das heute gelingen würde“.

Dr. Jürgen Rüttgers, Vorsitzender der CDU-Fraktion, wies das zurück. Es gehe den Grünen nicht um Zusammenführen, sondern um „billige Polemik“. Es sei ein Fehler zu sagen, man dürfe nicht über Patriotismus reden, sondern über die Werte, wie sie etwa in der Verfassung stehen. Das sei kurzsichtig. Rüttgers: „Unsere Verfassung schwebt nicht im luftleeren Raum, ihr liegt ein bestimmtes konkretes Welt- und Menschenbild zugrunde. Es ist das Welt- und Menschenbild, das auch die geistige Einheit Europas ausmacht.“ Und dies müsse das kulturelle Leitbild Deutschlands bleiben. Es dürfe in dieser Frage keinen „Relativismus“ geben. Das Leitbild müsse man benennen und nicht in falscher Toleranz hinnehmen, dass Freiheit und Demokratie durch Bekämpfung von außen oder Erosion von innen in Gefahr gerieten. Auch das sei Patriotismus und habe unmittelbare konkrete

Folgen, etwa den Widerstand gegen Hassprediger oder gegen das Kopftuch von Lehrerinnen als politisches Symbol. Patriotismus sei nicht Vergangenheitsbewältigung, sondern ein Zukunftsprojekt.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte fest: „Die Diskussion über Patriotismus eignet sich überhaupt nicht für eine politische Auseinandersetzung, auch nicht in diesem Parlament.“ Patriotismus dürfe vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht undifferenziert diskutiert werden. „Natürlich sind wir stolz auf ein Deutschland, so wie es heute ist. Natürlich sind wir alle irgendwo Patrioten – der eine stärker ausgeprägt, der andere schwächer.“ Aber auf der anderen Seite sei er entsetzt über das, was auch in Deutschland passiert: Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus, hemmungslose Gewinnsucht und Ellenbogenmentalität. Stolz, ein Deutscher zu sein – damit habe Rüttgers keine Probleme. Moron: Auch nicht beim Besuch der Gedenkstätte des nationalsozialistischen Terrors in Yad Vashem, wo vor kurzem Mitglieder des Hauptausschusses und des Ältestenrats auf ihrer Israelreise gewesen seien? Angesichts des Protestes, den diese Worte bei der Union hervorriefen, sagte Moron, niemand könne einen solchen Satz undifferenziert sagen, „er hat immer eine Einschränkung“.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, sagte, Liberale hätten keine Schwierigkeiten mit der Debatte, auch nicht mit der dunklen Seiten deutscher Geschichte. „Aber es kann nicht angehen, dass deswegen Vaterlandsliebe

oder Patriotismus quasi regierungsamtlich verboten werden sollen“, betonte er und fand es bedenklich, „dass diese Patriotismusdebatte immer dann aufflammt, wenn wir im Grunde genommen ganz andere Probleme zu lösen haben“. Der Begriff „Leitkultur“ sei fragwürdig, weil er Überlegenheit suggeriere und Minderheiten ausgrenze. Dagegen stünden Weltoffenheit und Toleranz des Landes: „Auf die Freiheits- und Bürgerechte können wir stolz sein.“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) warnte die Union davor, in einem Atemzug ein förmliches Bekenntnis von Ausländern zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Eidesleistung von Einbürgerungsbewerbern, Hassprediger, Terror und Gewalt zu nennen. Das sei „vordergründig, einseitig, rückwärts gewandt und darum gefährlich“. Das Bekenntnis zum eigenen Land werde als „Mäntelchen“ genutzt, um auszugrenzen und abzuschotten. Der Minister: „Wer so diskutiert, muss höllisch aufpassen, dass er beispielsweise Wähler nicht rechtsextremistischen Rattenfängern in die Arme treibt. Dazu sage ich: Wehret den Anfängen.“ Patriotisch sei es, nicht nur muslimische Hassprediger herauszugreifen, sondern auch gegen die deutschen Hassprediger vorzugehen, „die als Neonazis Hetze und Gewalt gegen Ausländer, Juden und andere Minderheiten predigen“.

Kampf der „Krake Korruption“

Rot-grüner Gesetzentwurf trotz Kritik der Opposition verabschiedet

NRW schlägt neue Wege im Kampf gegen Korruption ein. Der Landtag verabschiedete jetzt das so genannte Korruptionsbekämpfungsgesetz, zurückgehend auf einen Entwurf der Koalitionsfraktionen (Drs. 13/5952). Über ein Korruptionsregister sollen künftig korrumpierende Unternehmer konsequent von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden. Die CDU-Fraktion konnte sich mit ihrem Gesetzentwurf (Drs. 13/4692) nicht durchsetzen. Sie kritisierte die Vorstellungen von Rot-Grün als nicht weit reichend genug. Die FDP hingegen wies beide Vorschläge zurück. Sie sah den rechtsstaatlichen Grundsatz der Unschuldsvermutung gefährdet.

Jürgen Jentsch (SPD) nannte den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen einen „Meilenstein im Kampf gegen Korruption“, mit dem sich Rot-Grün an die Spitze aller Bundesländer setze. „Korruption ist das Krebsgeschwür jeder Volkswirtschaft“, so Jentsch. Die schleichende Kriminalität müsse bereits im Keim erstickt werden und dies leiste das neue Korruptionsbekämpfungsgesetz. An die Adresse der Oppositionsfraktionen: „Wir handeln während andere noch lamentieren.“ Da sich der Bundesrat und insbesondere die CDU-geführten Länder mit einem bundesweiten Vergaberegister schwer täten, habe man nun ein Korruptionsregister geschaffen, „um endlich die schwarzen Schafe zu erfassen“. Schließlich gehe es nicht um Lappalien, sondern um die Verhinderung schwerer Kriminalität. Dies rechtfertige es auch, „mit solch drastischen Mitteln wie dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen vorzugehen“.

Peter Biesenbach (CDU) warf den Koalitionsfraktionen vor, eine „wirklich wirksame Korruptionsbekämpfung“ sei mit dem vorgelegten Entwurf nicht möglich. „Was Sie heute anbieten, ist längst nicht das, was möglich wäre.“ Der CDU-Entwurf verfolge hingegen einen völlig anderen Weg: Die Einrichtung einer eigenen Antikorruptionsstelle, die sowohl für Korruptionsprävention als auch für Korruptionsrepression zuständig sein soll, stelle die bessere Lösung gegenüber einer reinen Informationsstelle wie im Koalitionsentwurf vorgesehen dar. Für diese Einschätzung habe man auch den Rückhalt der Experten. Anstatt sich mit dem Vorschlag der Union jedoch ernsthaft auseinanderzusetzen, habe Rot-Grün die Ablehnung auf den Vorwurf „zuviel neue Bürokratie“ gestützt. „Sie meinen, ein scharfes Schwert geschmiedet zu haben. Sie haben aber nicht einmal einen Dolch.“



Jürgen Jentsch (SPD)

Fotos: Schälte



Peter Biesenbach (CDU)



Dr. Robert Orth (FDP)



Monika Düker (GRÜNE)



Dr. Fritz Behrens (SPD)

Dr. Robert Orth (FDP) erteilte sowohl dem rot-grünen Gesetzentwurf als auch dem Gegenentwurf der CDU eine Absage. „Indem Sie darauf abstellen, dass man bereits bei Tatverdacht Menschen in dieses Register eintragen kann, verletzen Sie aus unserer Sicht auch eklatante Grundsätze des Rechtsstaats“, so Orth. Die Gefahr von Existenz gefährdenden Vorverurteilungen Unschuldiger sei nicht tragbar. Schließlich gehe es nicht nur um die Folgen für den einzelnen Unternehmer, sondern „gerade auch um die daran hängenden Arbeitsplätze“. An die Adresse von SPD, CDU und GRÜNE: „Wir sind der Meinung, die Therapie, die Sie uns verordnen wollen, hat so viele Nebenwirkungen, dass sie nicht verantwortbar eingesetzt werden kann.“ Seine Fraktion befürworte stattdessen ein bundeseinheitliches Korruptionsregister, „in dem man erfasst werden muss, sobald man verurteilt ist“.

Monika Düker (GRÜNE) bezeichnete den eigenen Gesetzentwurf als „Baustein in einem Gesamtkonzept zur Korruptionsbekämpfung“. Das beginne bei den Kommunen, gehe weiter über die Prüfeinrichtungen wie die Gemeindeprüfanstalt und den Landesrechnungshof bis hin zum Landeskriminalamt mit seiner von Rot-Grün initiierten Sondereinheit. An den Sprecher der CDU: „Wir brauchen schlichtweg keine neue Behörde.“ In der vorausgegangenen Debatte habe zwischen Rot-Grün und CDU Einigkeit bei den Zielen bestanden. „Seien Sie doch ehrlich: Ihnen hat zum Schluss der Mut gefehlt, mit uns gemeinsam hier ein vernünftiges Gesetz zu machen.“ Ein Korruptionsregister auf Landesebene sei jedoch nur die zweitbeste Lösung. „Wir alle wissen, dass wir ein solches Register auf Bundesebene brauchen.“ Dies habe die CDU bislang verhindert.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erklärte die Bekämpfung der „Krake Korruption“ zu einem über Fraktionsgrenzen hinweggehenden Ziel in NRW. Er bedauere daher sehr, dass man sich am Schluss der Verhandlungen nicht auf ein gemeinsames gesetzliches Vorgehen habe verständigen können. „Auch an der Stelle hätten Einheitlichkeit und ein geschlossenes Auftreten der politischen Kräfte im Lande ein deutliches Signal ins Land und nach Berlin sein können.“



Wolfgang Gerhards (SPD)

Neue Strukturen braucht das Land

Plenardebatte über die Föderalismuskommission

Wer regelt in Deutschland eigentlich was? Die Demokratie durchsichtiger, ihre Organe handlungsfähiger und Kompetenzen eindeutiger zu machen - in diesem Ziel sind sich Politiker aller Parteien aus Land und Bund einig. Über den Weg diskutiert man seit geraumer Zeit und durchaus kontrovers in der Föderalismuskommission. Der Stand der Dinge war jetzt Thema in der Plenarsitzung des Landtages am 9. Dezember.

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) bekannte, man sei „in der heißen Phase der Arbeit“. Wie das Paket am Ende aussehen werde, dazu wage er keine Prognose. Im Zuge der Globalisierung sei aus der guten „Konsensrepublik eine Konsensfalle geworden“, ließ er an der Bedeutung der Aufgabe keinen Zweifel. Der Bund müsse handlungsfähiger werden, die Länder in ihren Bereichen mehr Gestaltungsfreiheit bekommen. Das Verfassungsgericht sage, dass die Rahmengesetzgebungen des Bundes in weiten Teilen heute nicht akzeptabel seien. Wichtige Eckpunkte stellten Beamtenrecht, Bildungswesen und dort insbesondere das Hochschulrahmengesetz, aber auch der große Bereich wirtschaftlicher Regelungen dar. Während, so Gerhards, im öffentlichen Dienst „ein großer Treffer gelungen“ sei, gebe es an anderer Stelle noch Gesprächsbedarf – beispielsweise im Umweltbereich. Allerdings stünden am Ende keine Teilkonsense: „Bis alles entschieden ist, ist alles offen.“

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, betonte, alle Beteiligten stünden unter einem erheblichen Druck. „Es gibt große Gegensätze zwischen großen und kleinen Ländern, Ost und West, dem Bund und den Ländern. Es geht um Geld. Es geht um Macht.“ Klar sei jedoch, bestehende Blockaden müssten gebrochen werden. Allerdings, so der Oppositionsführer, steckten mehr Probleme dahinter, als in dem Bericht des Ministers deutlich würden. Beispiel Bildungspolitik: „Es bestand lange Zeit Konsens, dass Bildungsthemen – vom Kindergarten bis zur Habilitation – Ländersache werden. Die Bundesregierung will das nicht.“ Deutlich sprach sich Rüttgers für einen Erhalt des Berufsbeamtentums aus. Da 89 Prozent der Beamten bei Land und Kommunen beschäftigt seien, sollten Länder künftig auch das Dienst- und Besoldungsrecht selbst regeln. Der Landesregierung warf Rüttgers vor, sie wolle das Berufsbeamtentum abschaffen. Ein Versuch, der in Berlin kein Gehör gefunden habe.

Dorothee Danner (SPD) warf Rüttgers vor, die Chance zur Mitwirkung verschlafen zu haben: „Jetzt sitzen Sie mit beratender Stimme in einer Kommission und beschwerten sich nun tränenreich, was alles nicht in Ihrem Sinne läuft. Ich weiß nicht, warum Sie dahin gehen?“ Sie sei jedenfalls ganz zufrieden, wie NRW dort vertreten werde, stärkte Danner dem Justizminister den Rücken. Eine bloße

verständnis“. Ziel sei es nicht, den Föderalismus abzuschaffen, sondern ihn zu stärken.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, übte deutliche Kritik am Verfahren der Kommission. „Im Obleutegespräch und in den Projektgruppen waren Bundestags- und Bundesratsvertreter stimmberechtigt. Dort sind die Landtagsvertreter nicht hinreichend zur Geltung gekommen.“ Die Denkverbote in Sachen Nichtantastung des Finanzausgleichs und Länderneugliederung seien ein Zeichen fehlender Entschlossenheit. Inhaltlich sei beispielsweise der Verbleib der öffentlichen Fürsorge, Sozial- und Jugendhilfe auf Bundesebene „ein Kardinalfehler“. Ladenschluss, Gaststättenrecht, Versammlungsrecht, Notariat – was am Schluss gefeiert werde, so Wolf, sei „schlichtweg ein Mickymaus-Ergebnis“. Die Hauptbremser in dem Prozess machte der Landtagsabgeordnete in Berlin aus: „Der Bundestag hat Angst vor Machtverlust.“ Beigetragen zu dem aus seiner Sicht zu kurz greifenden Ergebnis habe aber auch „das selbst verordnete Einstimmigkeitsprinzip unter den Ministerpräsidenten“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, betonte, Oberziel sei die viel beschworene Bürgernähe in der Politik. „Wir müssen klären, wie wir den Föderalismus für die Menschen nachvollziehbarer machen können.“ Als wesentliche Bereiche der inhaltlichen Debatte machte die Fraktionsvorsitzende ebenfalls Bildung und Beamtenrecht aus: „Die Länder müssen Bildungsstaaten sein. Aus diesem Bereich sollte sich der Bund weitgehend zurückziehen.“ Allerdings brauche man für die nationale Bildungsplanung sehr wohl die Abstimmung und den Verbund mit dem Bund, stimmte sie Rüttgers zu. Anders als beim Beamtenrecht. 16 verschiedene Dienstrechte auf Länderebene bezeichnete Löhrmann schlicht als Kleinstaaterei. Für eine zukunftsweisende Verwaltung sei es vielmehr nötig, „den Beamtenstatus bis auf wenige hoheitliche Bereiche ganz abzuschaffen“.



Umschichtung von Kompetenzen nach dem Motto „das Jagdrecht den Ländern, das Meldewesen dem Bund“ helfe hier nicht weiter. Ins Gericht ging die Sozialdemokratin auch mit den Vertretern des Bundes. Beispiel Juniorprofessur: Hier sei die Argumentation der Länder jüngst vom Verfassungsgericht bestärkt worden. „Die Reaktion des Bundes, diese Materie in eine konkurrierende Gesetzgebung zu überführen, zeugt von einem groben Miss-

Gemeinden benötigen Hilfe beim Umbau

Opposition fordert neue Finanzierungswege

CDU und FDP wollen die Kommunen im Land beim Stadtumbau entlasten. Angesichts ihrer schwierigen Finanzlage seien sie in der Regel nicht in der Lage, den Eigenanteil für die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit dem Programm „Stadtumbau West“ aufzubringen. Die beiden Oppositionsfraktionen schlagen in ihrem Antrag (Drs. 13/6332) vor, dass die Landesregierung den Weg ebnet, um wohnungsbaupolitische Maßnahmen über die soziale Wohnraumförderung zu finanzieren. Der Städtebauausschuss wird über den Antrag abschließend beraten.

Bernd Schulte (CDU) bezifferte das Fördervolumen „Stadtumbau West“ auf 34 Millionen Euro im kommenden Jahr. Der Bund steuere 11,5, das Land 16 Millionen Euro bei; der Eigenanteil der Kommunen liege bei 6,5 Millionen. 32 Projekte sollten damit gefördert werden, wobei der Schwerpunkt im Ruhrgebiet liege. Obwohl nur mit 20 bis 30 Prozent am Fördervolumen beteiligt, sei das für die Kommunen – die meisten mit Haushaltssicherungskonzept – zu viel: Sie piffen finanziell „auf dem letzten Loch“. Beim „Stadtumbau Ost“ gebe es die Vereinbarung, dass die Gemeinden keinen Eigenanteil leisten müssen – warum dasselbe nicht auch beim „Stadtumbau West“? Sollten durch diese ungleiche Behandlung im Westen etwa Vorbehalte gegen den Solidarpakt oder Transferleistungen geweckt werden? Darum schlage die Opposition vor, die wohnungs-

Wohnungsbestände aus der Zeit der Stationierung belgischer Truppen. Es gebe hier eine Finanzierungsproblematik, die sich auch anderenorts stelle. Und Finanzierungsverfahren, Finanzierungsmöglichkeiten seien wichtig, „damit wir das gemeinsam angestrebte Ziel auch erreichen“. Darum sei der Antrag vorgelegt worden: Er sei, wie der Sprecher betonte, eine Möglichkeit, den Stadtumbau vernünftig umzusetzen.

Hans-Peter Milles (SPD) sah es so: Bund und Land engagierten sich mit einem Fördersatz von 80 Prozent „bei einem ureigenen kommunalen Anliegen“. Das sei das Signal für eine sehr kommunalfreundliche Förderpolitik, erklärte er und wies darauf hin, dass die Kommunen ihren Eigenanteil von 20 auf zehn Prozent verkleinern könnten, wenn sie Dritte, etwa die Wohnungswirtschaft, an der

um ihn zu moderieren und mitzugestalten. Der geforderte Rückgriff auf das Wohnungsvermögen des Landes habe zur Folge, dass künftige Wohnungsbauprogramme Einbußen hinzunehmen hätten – da solle die Opposition schon sagen, wo sie zu streichen gedanke.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) gab zu bedenken: „In dem Maße, in dem wir aus dem sozialen Wohnungsbau und der Eigentumsförderung in die Aufbereitung des Wohnumfelds von sozialem Wohneigentum und Mietwohnungsbau umschichten, kann es nicht mehr für den Bau realisiert werden.“ Es gebe einen „großen Profiteur“ des Stadtumbaus West, und das sei die Wohnungswirtschaft. Die könne problemlos dazu herangezogen werden, zehn Prozent zu übernehmen. Dann hätten die Kommunen noch zehn Prozent aufzubringen. Was die tun könnten, wenn sie unter Haushaltssicherung stünden? Das, was seit Jahren schon getan werde: Zum Regierungspräsidenten gehen, die Bücher offen legen – „und dann findet man einen Weg“. Das wisse er aus eigener Erfahrung.

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) machte auf die Unterschiede zwischen Stadtumbau Ost und West aufmerksam. Im Osten gehe es vornehmlich um Rückbau und Abriss von leeren Plattenbausiedlungen, „bei uns geht es in erster Linie um die Aufwertung von Stadtteilen“. Da sei der Abriss



Fotos: Schälte

Bernd Schulte (CDU)

Karl Peter Brendel (FDP)

Hans-Peter Milles (SPD)

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE)

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

politischen Komponenten des Programms über zinsvergünstigte Darlehen aus dem Wohnungsvermögen zu finanzieren.

Karl Peter Brendel (FDP) führte zur Illustration der Mammutaufgabe mit der Hauptlast bei Städten und Gemeinden ein Beispiel aus Marsberg an. Dort gebe es große

Finanzierung beteiligten. Die Opposition rufe sonst immer nach weniger Staat, jetzt aber wolle sie, dass der Staat 100 Prozent übernimmt: „Das ist mit der SPD nicht zu machen!“ Es gehe aber nicht nur um Eigenanteil, sondern auch um Eigenengagement; schließlich komme den Kommunen bei dem Prozess eine zentrale Rolle zu,

von Wohnungen nur ein Instrument unter mehreren. Eine bessere Verzahnung von Wohnungsbau und Städtebauförderung brauche die Opposition nicht zu fordern, die habe man bereits: Es gebe zahlreiche Förderangebote aus einer Hand. Man dürfe nicht vergessen, dass das Ziel des sozialen Wohnungsbaus, nämlich Haushalte zu unterstützen, die sich nicht selber mit angemessenem Wohnraum am Markt versorgen können, in NRW nach wie vor aktuell sei. Anstatt alles über einen Kamm zu scheren, wie die Opposition, lohne es sich genauer hinzusehen, „welche Förderinstrumente wo sinnvoll eingesetzt werden können“.

VON DR. HANS KRAFT (SPD)

Die Fragestellung, ob Chancen oder Risiken überwiegen, geht an den tatsächlichen Problemlagen vorbei. Der Begriff „therapeutisches Klonen“ bezeichnet keine Therapie, sondern lediglich einen Forschungsansatz, bei dem lebensfähige Kopien menschlicher Zellen hergestellt werden. Vom allgemein abgelehnten „reproduktiven Klonen“, also der Schaffung genetischer Doppelgänger, unterscheidet sich das „therapeutische Klonen“ nicht im Vorgang, sondern in der Absicht, den erzeugten Embryo nicht überleben zu lassen, sondern zu Forschungszwecken abtöten, „verbrauchen“ zu wollen. Behauptete Chancen des „therapeutischen Klonens“ liegen in der Entdeckung von Therapieansätzen zur Heilung schwerer Krankheiten. Allerdings liegen nach derzeitigem Stand therapeutische Anwendungen noch in weiter Ferne.

Zurzeit stellt sich politisch allein die Frage, ob der Forschungsansatz „therapeutisches Klonen“ als Mittel zur Erreichung des Ziels neuer, Erfolg versprechender Therapien ethisch vertretbar ist. Nach dem geltenden Embryonenschutzgesetz ist das Klonen von Menschen ohne Einschränkung eine Straftat. Die NRW-SPD hat sich uneingeschränkt gegen jegliche Form des Klonens von Menschen ausgesprochen. Auf dieser Grundlage haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU die Landtagsentschließung 13/3561 „Internationale Vereinbarung über das Verbot jeglichen Klonens von Menschen weiter anstreben“ verabschiedet. Es besteht kein Anlass, von dieser eindeutigen Positionierung abzurücken.



Zurzeit stellt sich politisch allein die Frage, ob der Forschungsansatz „therapeutisches Klonen“ als Mittel zur Erreichung des Ziels neuer, Erfolg versprechender Therapien ethisch vertretbar ist. Nach dem geltenden Embryonenschutzgesetz ist das Klonen von Menschen ohne Einschränkung eine Straftat. Die NRW-SPD hat sich uneingeschränkt gegen jegliche Form des Klonens von Menschen ausgesprochen. Auf dieser Grundlage haben wir gemeinsam mit den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU die Landtagsentschließung 13/3561 „Internationale Vereinbarung über das Verbot jeglichen Klonens von Menschen weiter anstreben“ verabschiedet. Es besteht kein Anlass, von dieser eindeutigen Positionierung abzurücken.

VON MANFRED KUHMICHEL (CDU)

Die Frage unterstellt, dass es um eine Abwägung medizinischer Argumente geht. Die Frage unterstellt ebenso, dass es unterschiedliche Arten des Klonens gibt – therapeutisches und reproduktives, also ein gutes und ein schlechtes Klonen. Die Frage blendet aus, dass in Deutschland jegliche Form des Klonens mit guten Gründen verboten ist. Es wäre fatal, das Problem auf eine medizinische Abwägung zu reduzieren. Es ist ebenso fatal und unehrlich zu behaupten, dass therapeutische Klonen lasse sich eher rechtfertigen als das reproduktive Klonen. In beiden Fällen werden genetisch fast identische Kopien eines Menschen durch Zellkerntransfer „hergestellt“. In dem einen Fall würde ein Mensch heranwachsen. In dem anderen Fall wird er frühzeitig getötet, um die begehrten Stammzellen zu gewinnen – wie gesagt wird zur Heilung von Krankheiten. Die Heilungsversprechen basieren aber viel mehr auf Wünschen als auf wissenschaftlichen Erfolgen. Erfolgreich sind in der letzten Zeit Forschungen an adulten Stammzellen gewesen. Wissenschaftler am Max-Delbrück-Centrum in Berlin zum Beispiel haben herausgefunden, unter welchen Bedingungen sich selbst das Gehirn zu erneuern vermag. Das ist die Zukunft. Nichts kann die Tötung menschlichen Lebens – ob zu Forschungs- oder medizinischen Zwecken – rechtfertigen. Ein Mensch würde instrumentalisiert, bloßes

Mittel zum Zweck. Die rot-grüne Bundesregierung hat kläglich versagt – sie hatte es in der Hand, auf ein weltweites umfassendes Klonverbot hinzuwirken. Durch taktische Spielchen hat sie eine einmalige Chance vertan.



VON DR. INGO WOLF (FDP)

In der Medizin sind gentechnische Methoden heute unverzichtbar. Gentechnisch hergestellte Medikamente und Diagnostika sind längst Alltag. Faszinierende Perspektiven bieten neuartige Therapiemöglichkeiten, etwa für Diabetes, Parkinson und Alzheimer. Das therapeutische Klonen ist zum Symbol in der öffentlichen Diskussion geworden. Deutschland hat hier seine über Jahrzehnte weltweit führende Position in der Stammzellenforschung an andere Länder verloren. Ursache ist die restriktive Gesetzeslage, die bei uns den Schritt von der Grundlagenforschung hin zur Entwicklung von Therapien verhindert. Die Folge: Internationale Arbeitsgruppen finden ohne deutsche Beteiligung statt, Forschung wird ins Ausland verlagert, neue Therapiewege stecken in der Sackgasse. Eine Änderung des Stammzellen- wie des Embryonenschutzgesetzes ist deshalb dringend erforderlich. Die Fähigkeit zu Innovationen ist der Schlüssel für die Zukunft des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes. Wer Innovationen will, muss dem Neuen aufgeschlossen und mit Neugierde entgegnetreten. Die Bürger sind hier längst weiter, wie das eindeutige Votum der Schweizer für die Forschung an embryonalen Stammzellen gezeigt hat. Forschung darf ethische Grundsätze nicht unberücksichtigt lassen. Dennoch muss immer das Ziel im Blick bleiben: Hilfe für kranke Menschen, die auf die Leistungsfähigkeit der Wissenschaftler hoffen und vertrauen.



In der Medizin sind gentechnische Methoden heute unverzichtbar. Gentechnisch hergestellte Medikamente und Diagnostika sind längst Alltag. Faszinierende Perspektiven bieten neuartige Therapiemöglichkeiten, etwa für Diabetes, Parkinson und Alzheimer. Das therapeutische Klonen ist zum Symbol in der öffentlichen Diskussion geworden. Deutschland hat hier seine über Jahrzehnte weltweit führende Position in der Stammzellenforschung an andere Länder verloren. Ursache ist die restriktive Gesetzeslage, die bei uns den Schritt von der Grundlagenforschung hin zur Entwicklung von Therapien verhindert. Die Folge: Internationale Arbeitsgruppen finden ohne deutsche Beteiligung statt, Forschung wird ins Ausland verlagert, neue Therapiewege stecken in der Sackgasse. Eine Änderung des Stammzellen- wie des Embryonenschutzgesetzes ist deshalb dringend erforderlich. Die Fähigkeit zu Innovationen ist der Schlüssel für die Zukunft des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes. Wer Innovationen will, muss dem Neuen aufgeschlossen und mit Neugierde entgegnetreten. Die Bürger sind hier längst weiter, wie das eindeutige Votum der Schweizer für die Forschung an embryonalen Stammzellen gezeigt hat. Forschung darf ethische Grundsätze nicht unberücksichtigt lassen. Dennoch muss immer das Ziel im Blick bleiben: Hilfe für kranke Menschen, die auf die Leistungsfähigkeit der Wissenschaftler hoffen und vertrauen.

VON DR. RUTH SEIDL (GRÜNE)

Wir GRÜNE haben uns mit großer Mehrheit für eine ethische Grenzziehung ausgesprochen, die sich gegen eine verbrauchende Embryonenforschung richtet.

Schließlich werden beim „therapeutischen Klonen“ zunächst einmal Embryonen erzeugt, bis zu einem bestimmten Entwicklungsstadium kultiviert und danach „ausgebeutet“, um die Stammzelllinien für andere Zwecke zu verwenden. Damit werden Embryonen zu bloßen Zelllieferanten degradiert, die ansonsten das Potential hätten, sich wie ein „normal“ gezeugter Embryo weiter als Mensch zu entwickeln. Dies ist für uns GRÜNE unvereinbar mit unserem Verständnis der Menschenwürde entsprechend der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und dem Artikel 1 des Grundgesetzes. Wir halten daher unverändert an der Forderung fest, jegliche Art des Klonens zu verbieten, der sich auch der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Landtags im Februar 2003 angeschlossen hat. Mit dieser Ablehnung unserer Ablehnung aus dem fundamentalen Konzept der Menschenwürde ist für uns GRÜNE gleichzeitig verbunden, dass diese keiner Risiko-Nutzen Abwägung im üblichen Sinne unterworfen werden kann. Unabhängig davon ist es wichtig festzustellen, dass auf der Seite der erhofften Chancen trotz der vielseitigen Entwicklungsmöglichkeiten embryonaler Stammzellen von einer „Therapie“ noch lange keine Rede sein kann. Im Gegenteil: In der letzten Zeit häufen sich Hinweise auf Schwierigkeiten und Risiken des Verfahrens.



Therapeutisches Klonen – mehr Chancen oder mehr Risiken?

Vom Holocaust zur Partnerschaft

Der Prozess der Normalisierung ist schwierig und langwierig

Das hatte der junge Staat Israel noch nicht erlebt: Zehntausende demonstrieren im Januar 1952 vor der Knesset, dem Parlament des Landes, gegen das Angebot der Adenauer-Regierung, als Wiedergutmachung für den Holocaust Waren und Dienstleistungen im Wert von 800 Millionen Dollar (seinerzeit 3,45 Milliarden DM) an Israel zu liefern. Viele, darunter der spätere Ministerpräsident Menachem Begin, sahen darin den „Verkauf der Ehre des jüdischen Volkes“. Wegen seiner Verantwortung im Zweiten Weltkrieg war Deutschland ein politisches Tabu und galt als „Feindstaat“. Heute ist die Bundesrepublik der engste europäische Partner Israels, nicht zuletzt wegen Initiativen aus Nordrhein-Westfalen.

Große Überzeugungsarbeit musste Israels Gründungsvater und erster Ministerpräsident David Ben Gurion leisten, um die Parlamentarier seines Landes dazu zu bewegen, das deutsche Reparationsangebot anzunehmen. Für offizielle diplomatische Beziehungen war die Zeit allerdings noch nicht reif. Alle weiteren Versuche scheiterten. Erst 13 Jahre nach Unterzeichnung des Reparations-Staatsvertrages im September 1952 nahmen Deutschland und Israel offizielle diplomatische Beziehungen auf: am 12. Mai 1965.

Doch auch die als „Jahrzehnt der Normalisierung“ bezeichnete Folgezeit spiegelt das besondere Verhältnis beider Staaten wider: Im Sechs-Tage-Krieg 1967 unterstützte die deutsche Öffentlichkeit Waffenlieferungen an Israel. Die Sympathie nimmt ab, als

lungen mit Ägypten angeboten hatte. 1977 verschlechterte sich das Verhältnis erneut, als Schmidt Leopard II Panzer an Saudi-Arabien liefern wollte.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte das deutsch-israelische Verhältnis in den 80-er Jahren, als Deutschland zum zweitgrößten Handelspartner Israels weltweit und zum engsten europäischen Partner aufstieg. Deutliche Zeichen setzte auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der die



„Scham und Trauer erfüllen unsere Herzen, Vergebung und Frieden sind unsere Hoffnung“ – so lautet der Text, den der Leiter der Delegation und Vorsitzende des Hauptausschusses, Edgar Moron, in das Buch der Gedenkstätte Yad Vashem eintrug. Yad Vashem erinnert auch an die eineinhalb Millionen jüdischen Kinder, die im Holocaust ermordet worden sind. Foto: Jostmeier

Beziehungen zu Israel als wichtiges Element der neuen deutschen Rolle in der Weltpolitik betrachtete.

Auch politisch wachsen die Staaten enger zusammen: 1995 spielte Deutschland eine wesentliche Rolle bei der EU-Entscheidung, Waren aus Israel bei der Einfuhr in die Europäische Union einen Sonderstatus einzuräumen. Nach dem rot-grünen Wahlsieg 1998 stiegen die diplomatischen Aktivitäten: Außenminister Joschka Fischer reiste nach

Israel palästinensische Gebiete besetzt und der palästinensische Terrorismus einsetzt.

1972 kühlten die Beziehungen von Seiten Israels ab. Die Öffentlichkeit erregte sich an den Attentaten von München und den „zu weichen“ Gegenmaßnahmen Deutschlands.

Unter Helmut Schmidt entspannte sich 1974 das Verhältnis, nachdem er Israel Unterstützung bei den Waffenstillstandsverhand-

Ausbruch der Al-Aksa-Intifada im Jahr 2000 wiederholt in den Nahen Osten, um zwischen Israelis und Palästinensern zu vermitteln. Er genießt das Vertrauen beider Seiten.

JÜDISCHES LEBEN

Großen Anteil an den guten Beziehungen zu Israel haben Initiativen aus Nordrhein-Westfalen, etwa die Jugendaustauschprogramme des Landesjugendrings oder Städte- und Sportpartnerschaften.

1987 gründete der Landtag als erstes Länderparlament eine deutsch-israelische interparlamentarische Arbeitsgruppe, die „Deutsch-Israelische Parlamentarische Gesellschaft“. Die Gruppe versteht sich als „Mahner, Mittler, Moderator und Motor der deutsch-israelischen Freundschaft auf parlamentarischer Ebene“. So verkündete es ihr Sprecher, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, in der ersten Sitzung im Landtag.

Die Worte begleiteten Taten: 1988 unterzeichnete der Landtag eine Resolution, Israels Aufbauleistungen weiter zu unterstützen. 1992 verpflichtete sich die Landesregierung per Staatsvertrag, das Kulturleben der 19 jüdischen Gemeinden in NRW zu fördern. Die sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stark gewachsen. Viele Juden aus Russland zieht es nach NRW, das ihr Vertrauen genießt. Die jüdische Bevölkerung versechsfachte sich auf heute rund 30.000 Menschen, einem Drittel aller in Deutschland lebenden Juden.

Mit den Gemeindegroßen wuchs auch die Zahl der Synagogen. Die Einweihung der neuen Synagoge in Wuppertal besuchte

der israelische Staatspräsident Moshe Katsav. Vor wenigen Wochen wurde in Gelsenkirchen der Grundstein für ein neues jüdisches Gotteshaus gelegt.

Im Juli 2003 schließlich unterzeichneten alle vier Landtagsfraktionen den gemeinsamen Entschließungsantrag „Jüdisches Leben in Nordrhein Westfalen – mehr Wissen, mehr Vertrauen“, in der sie sich verpflichten, dem jüdischen Leben in NRW wieder zur Normalität zu verhelfen. Ein Sonderdruck, der diese parlamentarische Erörterung dokumentiert und inzwischen vergriffen ist, wurde erstellt und fand – auch in Israel – große Beachtung. M.D.

Frieden im Heiligen Land nah wie nie?

Bilanz der Landtagsreise:

Nach Arafat kündigt sich vorsichtig ein Wandel an

Unter Leitung des Vorsitzenden des Hauptausschusses, Edgar Moron (SPD), hat eine Delegation von fast 20 Abgeordneten aller Fraktionen des Landtags Israel und die so genannten Palästinensischen Autonomiegebiete in der Zeit vom 15. bis 20. November besucht. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren eine Vizepräsidentin und ein Vizepräsident des Landtags, Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Die Reise, mit deren Durchführung in schwierigen Zeiten auch ein Zeichen des NRW-Landtags für die Menschen der Region gesetzt wurde, ging auf Beschlüsse des Ältestenrats und des Hauptausschusses zurück. Anlass war die Deklaration des gemeinsamen Entschließungsantrages aller Fraktionen aus dem Jahre 2003 – sie stellte fest: „Mehr Wissen voneinander schafft mehr Vertrauen“ (Drs. 13/3886).

Wer im Nahen Osten kein Optimist ist, ist kein Realist! Das hob Avi Primor, der frühere Botschafter Israels in Deutschland, hervor. Kaum einer redet so offen von einer echten Friedenschance für das Land und beschreibt die Hürden so realistisch wie er. Den Besuch im Interdisciplinary Center (IDC) in Herzliya mit dem German Innovation Center (GIC) nahm er bereitwillig zum Anlass, mit der Delegation auch allgemein über die politischen Perspektiven zu reden.

In den Tagen zuvor erfolgten in rascher und gedrängter Folge politische Gespräche in der Knesset, im Amt des Premierministers, im Ministerium für Einwandererintegration, im Außenministerium, dem Tourismusministerium und bei der Gewerkschaft Histadrut. Während des einwöchigen Aufenthalts hatte die Delegation

Dreßler im Gedenken an die Opfer des Holocaust einen Kranz nieder. Im Namen des Landtags von Nordrhein-Westfalen schrieb Edgar Moron in das Gedenkbuch: „Scham und Trauer erfüllen unsere Herzen, Vergebung und Frieden sind unsere Hoffnung.“

Neben Informationen zur Lage in Israel war die Delegation daran interessiert, dass auch nach dem absehbaren Ausscheiden einer in der deutsch-israelischen Zusammenarbeit sehr aktiven Generation von Akteuren auf beiden Seiten die Beziehungen zwischen Israel und NRW auf eine

Eindrücke aus dem gelobten und umkämpften Land (v.l.): Erinnerung an die Deportation der Juden in der Gedenkstätte Yad Vashem ... Edgar Moron beim Eintrag ins Gedenkbuch ... Israelische Jugendliche (jüdischer und arabischer Herkunft) berichten in Givat Haviva den nordrhein-westfälischen Parlamentariern über ihre Friedensaktivitäten ... Blick auf Bethlehem hinter der Sicherheitsmauer ... Checkpoint in Bethlehem ... Sprecher für den Frieden in Nahost: Avi Primor in Herzliya ... Austausch mit Zuheir Menasrah, dem palästinensischen Gouverneur des Distrikts Bethlehem ... Delegationsmitglied Werner Jostmeier vor dem Eingang des Außenministeriums – von ihm stammen die Aufnahmen.

Die Vorsitzende der israelisch-deutschen Parlamentariergruppe, Naomi Blumenthal MK (Likud), stand zusammen mit Majallie Whbee MK (Likud) und Eliezer Cohen MK (Nationale Union) für einen Informationsaustausch in der Knesset zur Verfügung. Neben der Bedeutung des im kommenden Jahr anstehenden 40-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und den Kontakten zwischen Knesset und dem Landtag NRW konzentrierten sich die Abgeordneten der Knesset (MK) unter anderem auf die Rückzugspläne und auf eine dort intensiv wahrgenommene Bedrohung durch den Iran.

Der außenpolitische Berater von Premierminister Sharon, Shalom Tourgeman, berichtete über die Schwierigkeiten der jetzigen Minderheitsregierung. Strategie des Premiers sei, zunächst den Haushalt 2005 durch das Parlament zu bringen und anschließend möglicherweise mit einem anderen Koalitionspartner eine stabile Mehrheit für einen Siedlungsabbau im Gazastreifen und in der nördlichen Westbank zu haben. Ein Scheitern der Haushaltsverhandlungen zöge nach der Verfassung Neuwahlen nach sich.

TERRORBEKÄMPFUNG

Der stellvertretende Leiter des Planungsstabs im Außenministerium, Yacov Amitai, und der Leiter der Sektion Nahost, Benny Dayan, gaben einen Überblick über das Umfeld, in dem sich der Nahostkonflikt bewegt: nicht-demokratische Regime, junge Bevölkerungen mit hoher Arbeitslosigkeit, Reformdruck von außen und wenig Teilnahme an internationalen kulturellen Strömungen. Darauf treffe ein neuer ideologischer Trend in den USA, der versuche, die Werte in der Region zu ändern. Arabische Staaten passen in diesem Spannungsfeld ihr

auch Gelegenheit zum Besuch der Friedensprojekte in Neve Shalom und Givat Haviva und zu Gesprächen mit Vertretern von Peace Now und den Leitern der deutschen politischen Stiftungen in Israel. Beim Besuch von Yad Vashem legten die Präsidenten zusammen mit dem Delegationsleiter im Beisein des deutschen Botschafters Rudolf

breite Grundlage gestellt, auch in Zukunft aktiv gestaltet und begleitet werden und dass nach einem Rückgang des Austauschs in vielen Bereichen während der seit vier Jahren andauernden Intifada die Kontakte wieder intensiviert und belebt werden.

Verhalten taktisch an, trafen jedoch – mit Ausnahme Libyens – nicht die Entscheidung zu strategischen Veränderungen.



Erinnerung an einen großen Politiker – die Delegation an der Gedenkstätte für den ermordeten Yitzhak Rabin in Tel Aviv.

dem gerade in der Woche vor der Delegationsreise bekannt gegebenen Tod von Yassir Arafat, nicht mehr denkbar. Hinter dem israelischen Checkpoint konnten sich die Parlamentarier ein eigenes Bild von den Sicherheitsabsperungen machen.

Die Leiterin des Westeuropareferats, Osnat Bar Yosef, und der Deutschlandreferent Yuval Fuchs appellierten, Israel bei der Bekämpfung des Terrors zu unterstützen und sprachen die Sorge vor einem wachsenden Antisemitismus in Europa an. Als eine Antwort auf die Frage nach einer Verbesserung des Israel- bzw. des Deutschland-Bildes wurde die Stärkung des Jugendaustausches und allgemein eine Intensivierung persönlicher Kontakte genannt.

GEWERKSCHAFTSKONTAKTE

Das Vorstandsmitglied der Histadrut, Nawaf Massalha, und der ehemalige Leiter der Jugendarbeit der Histadrut, Micky Drill, hoben die Probleme der Gewerkschaften

und Arbeitnehmer mit der Politik des israelischen Finanzministers Netanyahu (Verstaatlichung der Pensionsfonds in einem Rentensystem mit Kapitaldeckung; finanzielle Probleme der Kommunen, wachsende Armut) hervor. Der gesunkene Einfluss der Histadrut wurde auch auf verpasste interne Reformen zurückgeführt. Die Beziehungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds mit der Histadrut seien einmalig. Ein Abkommen wie das von 1975 gebe es mit keiner anderen Gewerkschaft weltweit. Zwischen NRW und dem Gewerkschaftsbezirk Tel Aviv gebe es sogar noch länger ein Abkommen. Auch bei diesem Gespräch waren Grundlagen und Möglichkeiten des Jugendaustauschs Thema.

Die letzten Stunden des dichten Besuchsprogramms gehörten Bethlehem. Ramallah oder Nablus zu besuchen war, spätestens mit

HOFFUNGSZEICHEN

In Bethlehem sind die Touristenströme durch die zweite Intifada weggebrochen. Arbeitslosenzahlen von über 70 Prozent und die Demografie (die Hälfte der Menschen dort ist unter 17 Jahre alt) schaffen ein Klima, das sich im Falle der Wahrnehmung von Demütigungen zu einem gefährlichen Gemisch verdichten kann. Die nicht bewaffnete palästinensische Polizei hat es schwer, mit der hierfür notwendigen Autorität Innere Sicherheit herzustellen. Der Gouverneur des Distrikts Bethlehem Zuheir Menasrah stellte diese Anliegen in einem Gespräch sehr engagiert dar. Die Delegation hob hervor, dass Bewegung auf beiden Seiten erforderlich sei und eine eindeutige Absage an Terrorakte erwartet werde.

Den Abschluss der Reise bildete ein optimistisch stimmender Besuch im Internationalen Begegnungszentrum (ICB) bei Reverend Dr. Mitri Raheb, der ambitioniert darstellen konnte, wie der interkulturelle Dialog weiterhin erfolgreich befördert wird und arbeitslose junge Menschen eine Beschäftigung erhalten. Inzwischen ist das ICB der größte private Arbeitgeber in der Region Bethlehem.

Frank Schlichting



Hochschulreife am Schwebebalken Votum für Sport als viertes Abiturfach

Sport im Abi? Als viertes Abiturfach kann man die Leibesübungen derzeit nur an 24 der rund 800 Gymnasien und Gesamtschulen in ganz Nordrhein-Westfalen belegen. Hintergrund ist die Erprobung eines Reformkonzeptes, das seit Einführung der neuen Lehrpläne 1999/2000 die Qualität der Sportprüfung im Abitur unter veränderten Rahmenbedingungen unter die Lupe nimmt. Ein Experiment, das fortgeführt und ausgeweitet werden soll. Darauf einigte sich der Sportausschuss in einer Sondersitzung vor der Weihnachtspause.

Der Ausschuss folgte damit mehrheitlich einem Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 13/5916), ab Schuljahr 2005/06 in eine maximal dreijährige wissenschaftlich begleitete zweite Projektphase einzutreten. Dafür soll die Landesregierung die notwendigen Konzepte der schul- und fachaufsichtlichen Begleitung weiterentwickeln.

Die Zahl der beteiligten Schulen soll in diesem Zug auf 50 erhöht werden. Erst danach gelte es dann zu entscheiden, „wie die qualitätsgesicherte landesweite Öffnung des Faches Sport als viertes Abiturfach erfolgen kann“. Dass dies geschehen soll, darüber waren sich die Fachpolitiker alle Fraktionen im Prinzip einig.

STUDENTENAFEL

Genutzt werden soll die Projektphase 2 aber auch, um den qualitativ notwendigen Umfang des Faches Sport in der Studententafel der Sekundarstufe I an Gymnasien und Gesamtschulen sicherzustellen. Mit dieser Ergänzung trugen SPD und Grüne einem Kritikpunkt der Liberalen Rechnung, die in einem Entschließungsantrag (Drs. 13/6003) unter anderem ähnliches gefordert hatte.

Dem FDP-Antrag insgesamt zu folgen, dafür sah Ewald Groth (GRÜNE) namens der

Koalitionsfraktionen keine Grundlage. „Kleinlich“, fand das Dr. Anne-Marie Schräps (CDU). Zumal „über das Anliegen Einigkeit besteht“, wie Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte. Am Ende wurde der FDP-Antrag mit Koalitionsmehrheit abgelehnt. Im Gegenzug enthielten sich CDU und Liberale bei der Abstimmung zum Antrag der Koalition.

„Die Schulen brauchen jetzt Planungssicherheit“, argumentierte Ina Meise-Laukamp (SPD) für die Ausweitung des Projektes. Grundlage für den einhelligen Optimismus betreffend die Zukunft des Reformkonzeptes war ein Zwischenbericht des Schulministeriums. Das bescheinigt auf Grund der begleitenden Untersuchungen zweier unabhängiger Universitäten, „das Fach Sport bietet die Möglichkeit, gleichwertige Prüfungsanforderungen zu stellen und zu erfüllen“.

Dabei, so die gemeinsame Studie der Sporthochschule Köln und der Universität Bielefeld, sei sicher noch nicht alles perfekt, die Vergleichbarkeit schwieriger als in Fächern wie

Deutsch oder Biologie. In den nächsten drei Jahren gelte es deshalb unter anderem noch folgende Fragen zu klären: Woher kommen die bisher bestehenden Unterschiede an den Erprobungsschulen? Wie kann man die konstante Qualität mündlicher Prüfungen sowie des vorbereitenden Unterrichts sicherstellen? **vol**

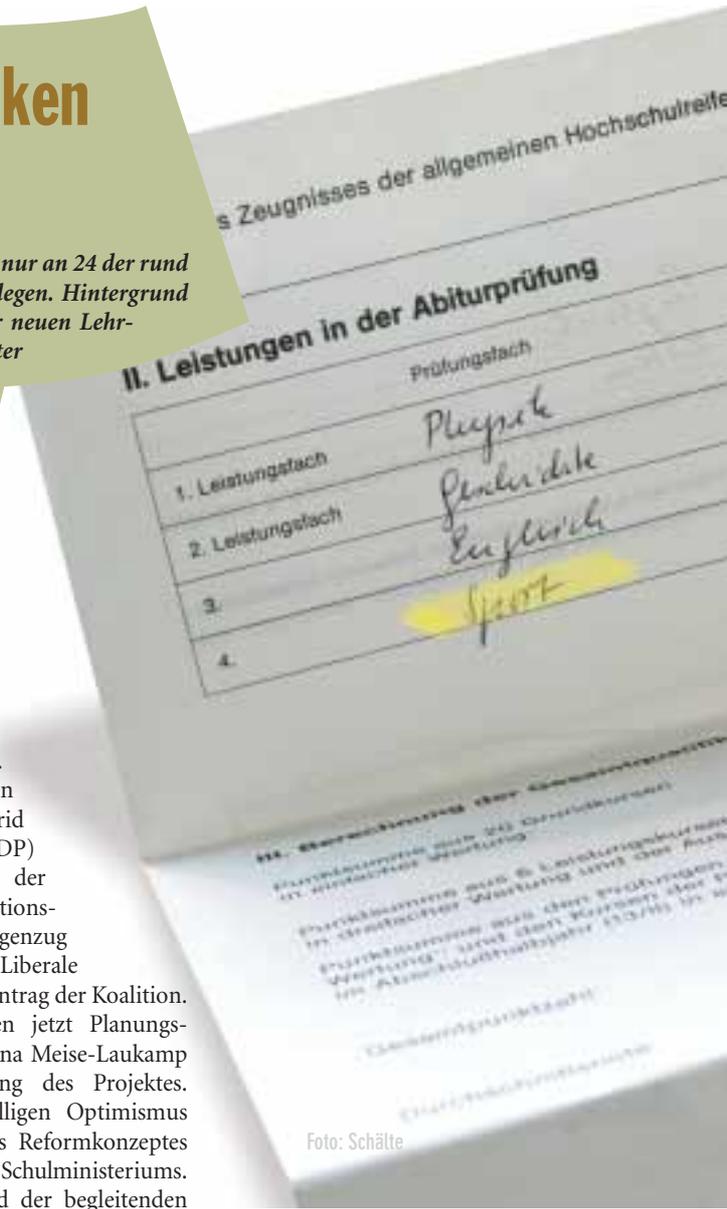


Foto: Schälte



Konkrete Vorschläge enthält die „Agenda NRW – Anmerkungen zum Landesstraßenbau“, die von Vertretern des ADAC an Verkehrsausschuss und Landesregierung übergeben worden ist. Darin spricht sich der Verband für Bau- und Erhaltungsmaßnahmen aus, um das Landesstraßennetz effektiv und nachhaltig zu verbessern. Auf dem Bild (v.l.n.r.): Christof Rasche (FDP), Ausschussvorsitzender Manfred Hemmer (SPD), Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD), Gerhard Wirth (SPD) und von Seiten des Automobilclubs Dipl. - Ing. Horst Bremer, verkehrspolitischer Sprecher des ADAC in NRW, sowie Dr. Ing. Gerd Blümel.

Foto: Schälte

Grassierender „Hamster-Wahnsinn“?

Landesregierung sieht Bau des Braunkohlekraftwerks nicht gefährdet

Kurz vor Sitzungsbeginn: Die Frage Kraftwerk oder Hamster stieß auch bei den Journalisten auf großes Interesse.

Foto: Schälte

Ein vom Aussterben bedrohter und daher streng geschützter Zeitgenosse gelangt in diesen Tagen zu ungeahnter Popularität – der Feldhamster. Obwohl nur wenige Menschen den possierlichen und überaus scheuen Nager überhaupt jemals zu Gesicht bekommen haben, droht er jetzt zum Wahlkampfthema in NRW zu werden. Stein des Anstoßes ist dabei nicht etwa der Hamster selbst, sondern die von ihm errichteten Erdbauten. Diese wurden auf einem Feld in Grevenbroich-Neurath am Niederrhein entdeckt. Nun wäre diese Entdeckung an sich kein Drama, wenn nicht der Energieriese RWE just auf diesem Feld den Bau eines 2,15 Milliarden teuren Braunkohlekraftwerks neuester Generation geplant hätte. Die Diskussion über die Frage, ob drei verlassene Hamsterbauten tatsächlich ein milliardenschweres Projekt wie den Kraftwerkbau stoppen könnten, erreichte jetzt den Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU), wo sich Regierungskoalition und Opposition einen Schlagabtausch lieferten.

Die RWE-Power AG hatte im Rahmen ihrer Vorplanungen für den Bau des neuen Braunkohlekraftwerks im Sommer 2004 ein ökologisches Gutachten in Auftrag gegeben, welches das betreffende Gelände in Grevenbroich-Neurath untersuchen sollte. Und die Gutachter wurden fündig: Sie entdeckten drei verlassene Hamsterbauten, die, so die Gutachter, einigen wenigen Feldhamstern möglicherweise als Winterquartier dienten. Aus Sicht der EU gehört der Feldhamster zu den besonders bedrohten Tierarten und ist streng geschützt. Dieses Gutachten ist nun unter anderem Gegenstand des Genehmigungsverfahrens. Die Prüfung dauert noch an.

Das neue Kraftwerk soll ältere Modelle ersetzen und damit den jährlichen Ausstoß von Kohlendioxid um bis zu sechs Millionen Tonnen verringern. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bezweifelt jedoch die Angaben von RWE und will den Bau mit allen Mitteln verhindern. Die Nachricht über ein mögliches Hamstervorkommen auf dem auserkorenen Baugelände lieferte zudem weitere Argumente gegen das Bauvorhaben.

Beim Thema „Feldhamster“ läuten bei den Oppositionsfractionen alle Alarmglocken. So nahm die CDU-Fraktion die Medienberichte zum Anlass, die „Hamster-Debatte“ im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses zu bringen. Die Landesregierung, so die Sorge der Opposition, nehme „erhebliche Verzögerungen bei einem für NRW so wichtigen Projekt“ billi-

gend in Kauf. Das ganze Hin und Her wegen drei verlassener Hamsterbauten sorge für Verunsicherung und sei ein schlechtes Zeichen für andere potentielle Investoren, so Karl Kress (CDU). Sein Fraktionskollege Christian Weisbrich äußerte zudem die Sorge, dass Naturschützer die Hamsterbauten instrumentalisierten, um ein aus ihrer Sicht ohnehin abzulehnendes Projekt mittels Klage zu stoppen. Es sei darüber nachzudenken, den Naturschützern das Verbandsklagerecht zu entziehen.

ERFAHRUNGEN

Verunsicherung auch auf Seiten der FDP: Sie vermutete die Grünen hinter der Front der Umweltschützer und sprach von einem „abgekarteten Spiel“. Dr. Gerhard Papke (FDP) erinnerte an „böse Erfahrungen“ mit einem Beschwerdeverfahren, als es um die Errichtung des Gewerbeparks Aachen-Heerlen gegangen sei. „Wir wollen verhindern, dass der BUND dieses Spiel hier noch einmal spielt“, so Papke. Im vorliegenden Fall diskutiere man schließlich über „virtuelle Hamster“.

Werner Bischoff (SPD) tat die Vorwürfe der Opposition als „reine Polemik“ ab. Die Landesregierung habe sich ganz unmissverständlich hinter den Bau des Kraftwerks gestellt. Es gebe keinen Anlass dafür, dass die Opposition „die Diskussion nun hochstilisiert“. Auch die Fraktion der Grünen stellte sich demonstrativ hinter das Bauvorhaben. Bei der Opposition grassiere derzeit der „Hamster-Wahnsinn“, sagte Reiner Priggen (GRÜNE).

Er äußerte die Vermutung, dass möglicherweise RWE versuche, sich aus seiner Verantwortung zu stehlen, die sie 1994 mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm eingegangen ist. Schließlich habe RWE das Gutachten in Auftrag gegeben, so der Abgeordnete.

Grünes Licht für den Kraftwerkbau gab es auch von Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) und dem Staatssekretär aus dem Umweltministerium, Dr. Thomas Griese. Beide Häuser betonten nochmals den klaren Willen und das große Interesse der Landesregierung, „dass so ein Kraftwerk nach NRW kommt“. Man wolle der „Legendenbildung“ durch die Medien und die Opposition zuvorkommen. Trotz der entdeckten Hamsterbauten kam Minister Horstmann zu dem Schluss: „Gefahr für das Projekt ist aus meiner Sicht nicht erkennbar.“ **ax**

Vom Aussterben bedroht – der in Mitteleuropa heimische Feldhamster. Er wird bis zu 30 Zentimeter groß.

Foto: Behlert

„Integration mit aufrechtem Gang“ lautet das Motto der neu gegründeten „Stiftung für Integration in NRW“, die am 14. Dezember erstmalig ihre Ziele, Aufgaben und Arbeitsmethoden im Landtag vorstellte. Ulrich Schmidt (M.), Landtagspräsident und Schirmherr der Stiftung, Dr. Klaus Lefringhausen (L), Integrationsbeauftragter der Landesregierung, und Stiftungsvorsitzender sowie Hans Georg Crone-Erdmann (r.), Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW und Geschäftsführer der Stiftung, präsentierten stolz die Gründungsurkunde. „Mit der Gründung ‘Stiftung für Integration in NRW’, einer Initiative aus der Mitte der Gesellschaft, machen Bürger verschiedener Nationen und Religionen das Tor auf zur Verständigung in Freiheit, zur Wertschätzung auf gleicher Augenhöhe und zur Gemeinsamkeit mit aufrechtem Gang“, so der Präsident. „Sie machen Mut zur Begegnung.“

Foto: Schälte



Zehn Millionen für die Integration Ministerin Fischer berichtet im Migrationsausschuss

In NRW leben derzeit fast zwei Millionen Ausländer – das entspricht ungefähr 10,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Exakt zehn Millionen Euro hat die Landesregierung für Integration der in NRW lebenden Migranten zusätzlich in den Nachtragshaushalt eingestellt. Ausreichend oder zu wenig? Was kann man mit zehn Millionen alles machen? Wie ist es überhaupt bestellt um die Zuwanderungspolitik in NRW – was ist passiert, was in Arbeit? Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) suchte all diese Fragen im Migrationsausschuss zu beantworten. Auf der Tagesordnung standen der „Stand der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes auf Landesebene“ und der „3. Zuwanderungsbericht der Landesregierung“.

Eine notwendige Voraussetzung für bessere Integration“, lobte die Ministerin das neue Zuwanderungsgesetz – auch mit Blick auf die Neustrukturierung der Migrationssozialberatung. Allerdings bedürfe es der „Flankierung durch Länder und Kommunen“. „Lücken“ machte Fischer beispielsweise beim Verfahren aus, „wie der einzelne Neuzuwanderer zu einem individuell passenden Sprachkursangebot findet und wie das Beratungs-Setting zu gestalten ist“.

Die Sprachkurse selbst – je 300 Stunden Basis- und Aufbauunterricht, lägen nach neuestem Entwurf auch in der Verantwortung des Bundes. Mit ein Grund, warum statt der ursprünglich 27,5 Millionen nun zehn seitens des Landes reichen sollen. Das stieß vor allem bei CDU und FDP auf Widerstand. Während Britta Altenkamp (SPD) froh über diese „nicht selbstverständliche, weil freiwillige Leistung“ war, merkte Thomas Kufen (CDU) an, drei Jahre nach dem Start der Integrationsoffensive des Landtages stünden 40 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. „Das ist nicht der Kraftakt, den wir gewollt haben.“

„Sollten in der Flächendeckung oder in der Qualität der Integrationskurse Probleme entstehen, so ist der Bund Adressat entsprechender Kritik“, machte Fischer deutlich. Das Land dürfe „nicht zum Ausfallbürgen für suboptimale Regelungen“ werden. Neben der „nachholenden Integration“ bereits länger in Deutschland lebender Migranten, will die Landesregierung „gezielt die integrationspolitische Infrastruktur“ auf kommunaler Ebene verbessern. So soll den Kommunen eine Anstoßfinanzierung unter anderem für die Einrichtung von Integrationsfachstellen und die Erstellung von Integrations-Atlanten zur Verfügung gestellt werden.

„Können das auch freie Träger machen, wie sieht eine Qualitätskontrolle aus“, wollte Sibylle Haußmann (GRÜNE) wissen. Antragsteller seien in der Regel die Kommunen, in der Umsetzung die freien Träger aber selbstverständlich auch gefragt. „Wir befinden uns in einem Übergangsjahr, begleiten den Entwicklungsprozess und evaluieren“, so die Ministerin.

Eine Absage – zumindest für diese Legislatur – erteilte sie der Nachfrage von Dr. Ute Dreckmann (FDP), wann denn nun das Integrationsgesetz käme: „Hier gibt es eine Debatte in der SPD. Die Zielrichtung ist richtig, aber der Zeitpunkt falsch.“

Dabei, so Fischer, sei die Integration eine der zentralen Aufgaben: „Die Politik ist zurzeit doppelt gefordert. Wir müssen erstens wachsen sein gegenüber jeglicher Form des Islamismus, der unsere Verfassungsgrundsätze in Frage stellt. (...) Zweitens haben wir eine Verpflichtung gegenüber der großen Mehrheit der rund eine Million friedlichen und gesetzestreuenden Muslime in NRW.“

Der 3. Zuwanderungsbericht der Landesregierung zeige, dass „in den verschiedensten Handlungsfeldern in den vergangenen Jahren viel unternommen worden ist“. Die breite Palette vom vorschulischen Sprachangebot über die Förderung von Migranten-Selbstorganisationen und Ausländerbeiräten bis zu sozialen Orientierungskursen für Spätaussiedler und zur Berufung eines Integrationsbeauftragten zeige, „dass die Landesregierung die Integrationsoffensive des Landtages mit Erfolg umsetzt“.

Ein erster Aufschlag für eine demnächst ausführlicher zu führende Debatte – zumindest im Ausschuss, der sich dem 200 Seiten starken Zuwanderungsbericht noch einmal im Detail widmen will. Vielleicht aber auch im Rahmen einer Regierungserklärung, die die CDU an dieser Stelle forderte. **voK**

Baukultur ist Standortfaktor

Sachverständige fordern Qualität statt Quantität

Neubauten sind gut für Arbeitsmarkt und Konjunktur. Jedoch soll ein neues Gebäude nicht nur die Wirtschaft anschieben. Es muss dabei auch ästhetischen Ansprüchen genügen und vor allem ins historisch gewachsene Stadtbild passen. Dabei brauchen die Kommunen Hilfe, findet die CDU. Hilfe, die Innenstädte als lebenswerte Zentren mit individuellem Charakter zu bewahren, wie es der Antrag der CDU-Fraktion „Baukultur in Nordrhein-Westfalen bewahren und entwickeln: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (Drs. 13/5421) fordert, zu dem der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) Sachverständige hörte.

Bauen ist nicht alles“, fand Claus-Uwe Derichs vom Städte- und Gemeindebund NRW. Viel wichtiger sei die Planung. „Es gibt keine hässlichen Städte, nur Verantwortliche, die eine Entscheidung zwischen Verschönern und Verschandeln treffen.“ Außerdem: „Das Schönerer muss nicht immer das Teurere sein.“ In Zeiten knapper Haushalte könne man versuchen, durch Stiftungen und ehrenamtliches Engagement neue Mittel zu erschließen.

Sigurd Trommer vom Städtetag appellierte an alle Beteiligten, an einem Strang zu ziehen. „Höhere Qualität ist erreichbar“, sagte Trommer. Die öffentliche Hand müsse den privaten Bauherren mit gutem Beispiel voran gehen. Die Qualität von Bauvorhaben oder deren Mangel, erzeuge häufig Nachahmer.

Die Architektenkammer NRW, vertreten von Hartmut Miksch, legte Wert darauf, auch die Gewerbegebiete einzubeziehen. „Nicht nur

in den Innenstädten, auch in den Industriegebieten brauchen wir eine bessere Baukultur.“ Bauen als Querschnittsaufgabe von Architektur und Politik – dies ließe sich durch Architekturwettbewerbe erreichen. So könne der Bewerber gefunden werden, der am ehesten den Ansprüchen Funktionalität und Qualität entspricht, dabei preisgünstig ist und dessen Entwurf vor allem ins Stadtbild passt. „Geben Sie nicht den Anspruch nach Qualität auf, nur weil ein Investor vor der Tür steht“, appellierte er.

BINDUNG

Mehr Ästhetik vor allem bei Ingenieurbauwerken wie Brücken, Tunneln, Bahnhöfen und Lärmschutzwällen wünschte sich Peter Dübbert von der Ingenieurkammer NRW. „Baukultur ist für uns das Zukunftsthema schlechthin“, so der Sprecher. „Ästhetik ist ein entscheidender Standortfaktor. Die Bevölkerung ist heute flexibler als früher. Gerade öffentliche Bauwerke tragen oft zur Bindung an eine Stadt bei.“

„Sind denn die Städte alleine in der Lage, für einen Mehrwert der Baukultur zu sorgen?“ untermauerte Thomas Kufen (CDU) den Antrag seiner Fraktion, der

auf Unterstützung des Landes bei kommunalen Bauvorhaben drängt.

„Was halten Sie von kommunalen Gestaltungsbeiräten?“ wollte außerdem Dr. Thomas Rommelspacher (Grüne) vom Vertreter der Ingenieurkammer wissen.

Die Antwort auf beide Fragen war dieselbe: Manche Verwaltungen leisteten gute Arbeit und hielten die Ästhetik im Auge. Diese kämen ohne Gestaltungsbeirat aus. Andere hingegen legten auf das Erscheinungsbild des Bauvorhabens wenig Wert. In dem Fall bedürfe es eines Gestaltungsbeirates und Unterstützung durch das Land, so die Experten.

Von Professor Dr. Gert Kähler, Architekt und Experte für Baukultur, kam keine Unterstützung für den Antrag. „Baukultur ist häufig ein Thema für Sonntagsreden“, sagte er. Man müsse jedoch nicht nur Ziele formulieren, sondern auch schildern, wie man diese erreichen wolle. Der Antrag falle hinter den Diskussionsstand zurück, weil er eben nicht die Mittel zur Erreichung des Ziels nenne. Dagegen wandte Dieter Hilser (SPD) ein, dass das Land nur die Rahmenbedingungen der Baukultur schaffen, nicht den gesamten Prozess steuern sollte.

Karl Peter Brendel (FDP) machte sich Gedanken über die Situation im ländlichen Raum. Der Landschaftsverband fände den Antrag zu „städtelastig“.

Grundsätzlich sähe er das nicht so, antwortete Hartmut Miksch. Allerdings sei der Handlungsbedarf in der Stadt drängender.

„Denkmalpflege und Baukultur gehören zu den ureigensten Bedürfnissen der Menschheit“, appellierte Professor Dr. Udo Mainzer vom Rheinischen Amt für Denkmalpflege für einen pfleglichen Umgang mit denkmalgeschützter Bausubstanz. „Unsere Identität liegt in der Baukultur.“ YV

Unmöglich, dieses Möbelhaus? Nein, in Münster ist es Realität geworden und in Düsseldorf hat es als Beispiel erhalten müssen für zeitgenössische und als vorbildlich ausgezeichnete Handelsarchitektur: das Yellow Möbelhaus in Münster. Foto: Richter

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 24. Januar 2005 vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Evaluationsbericht: Bettina Sokol, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, berichtete im **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) über die „erfreulicherweise festgestellte Akzeptanz des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) sowohl bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch bei den Behörden des Landes“. In einigen Bereichen gebe es aber Probleme mit Auslegung und Anwendung des Gesetzes. Für solche, im Gesetz nicht klar geregelte Verfahren bestünde Änderungs- beziehungsweise Ergänzungsbedarf. In anderen Fällen der Auskunftsverweigerung sei der Eindruck entstanden, die angefragten Stellen hätten nicht ausreichend geprüft, ob eine Spezialregelung greift oder nicht, doch das IFG sei vorrangig anzuwenden. Auch die im Gesetz enthaltene Annahme, Bürgerinnen und Bürger wären mit der Weitergabe personenbezogener Daten nicht einverstanden, wenn sie nicht ausdrücklich ihr Einverständnis mitteilen, sei unglücklich. Die Ausschussmitglieder gaben in der Diskussion zu erkennen, dass es sich bei der Anwendung des IFG um einen laufenden und keineswegs abgeschlossenen Prozess handle, in den der Gesetzgeber zu gegebener Zeit eingreifen müsse und dies auch tun werde.

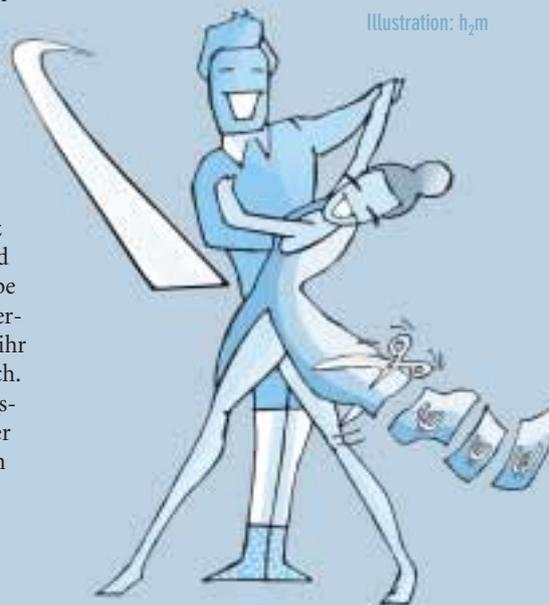
+++

Nach dem Einstieg in die Digitalisierung des terrestrischen Fernsehens soll nun auch der Ausbau des DigitalRadio DAB (Digital Audio Broadcasting) stärker gefördert werden – so der Wille der medienpolitischen Sprecher aller Fraktionen. Nach über sechzig Jahren seien die technischen Entwicklungsmöglichkeiten von UKW ausgeschöpft. Aufgrund der begrenzten UKW Frequenzressourcen sei auch eine Erweiterung des Programmangebots nicht mehr möglich. Zur Erörterung dieser Frage hat der **Medienausschuss** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) für den 21. Januar 2005 Experten zu einer öffentlichen Anhörung in den Landtag eingeladen.

Mit einem Anhörungs-Doppelpack startet der **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) ins neue Jahr. So hat der Ausschuss zunächst für den 17. Januar Sachverständige zum Thema „Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften“ eingeladen. Bereits eine Woche später, am 24. Januar, wird es eine weitere Anhörung geben. Diesmal wird es um die Neufassung des Landesplanungsgesetzes gehen.

+++

Über die Situation des Tanzsports in NRW berichtete Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) auf Antrag der SPD-Fraktion im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU). „Der Tanz hat bei uns Kultstatus. Daher bildet die Förderung von Ballett und Tanz einen ganz besonderen Schwerpunkt“, sagte Vesper. Die Haushaltslage in NRW sei allseits bekannt. Dennoch appellierte der Minister an das Parlament, eventuell



notwendige Kürzungen im Bereich der Tanzförderung so zu gestalten, dass vorhandene Strukturen und die Vielfalt der Angebote erhalten bleiben könnten. „Dem Tanzsport kommt auch in Zukunft, unter anderem zur Gestaltung der Nachmittagsbetreuung in der offenen Ganztagsgrundschule, eine große Bedeutung zu“, so Vesper.

+++

Der Entwurf der Landesregierung zu einem Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/6099), wurde durch das Plenum Anfang November 2004 zur federführenden

Beratung an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) überwiesen. Der Ausschuss hat bereits beschlossen, am 12. Januar 2005 eine öffentliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung durchzuführen.

+++

Im Rahmen der von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Viertelstunde im **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) nahm Jugendministerin Ute Schäfer (SPD) zu der OECD-Studie „Starting Strong II“ (‘Kindergarten-PISA’) Stellung. Die Ministerin merkte an, dass die Studie alle Formen der Tagesbetreuung bis zum Schuleintritt exemplarisch anhand einiger weniger Einrichtungen – in NRW lediglich drei – sowie mit einer Reihe von Experten-gesprächen beleuchtet habe. Diese schmale empirische Basis könne keine Aussagen zur inhaltlichen Qualität der Arbeit der Tageseinrichtungen erlauben, sondern nur auf strukturelle Aspekte eingehen. Die Studie würde jedoch nicht nur Kritik aufweisen, sie hebe ebenfalls die Stärken des Systems hervor. Insbesondere lobe sie den ganzheitlichen Ansatz von Bildung, Betreuung und Erziehung mit seinen reichhaltigen und integrativen Konzepten. Hinsichtlich quantitativer Aspekte und Strukturen sei festzuhalten, dass im Kindergartenbereich eine quantitativ optimale Situation herrsche, es jedoch ein deutliches Defizit bei der Versorgung von unter Dreijährigen gäbe, so die Ministerin.

+++

Gleich zwei öffentliche Anhörungen an einem Tag hat sich der **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) für den 20. Januar 2005 vorgenommen: Vormittags ist der Antrag der CDU-Fraktion „Paragraph 8a Körperschaftssteuergesetz muss umgehend novelliert werden“, (Drs. 13/5326) Gegenstand der Beratungen. In der Nachmittags-Sitzung geht es dann um den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 13/6200) zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2004, zum Landesbesoldungsgesetz, zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 und zum Solidarbeitragsgesetz 2004/2005.

+++

Eine Anhörung zum Landesbetrieb Forst hat der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) für den 13. Januar anberaunt.

Bund und Land – Hand in Hand Neuer Band der Landtagsreihe

Vier Bundespräsidenten der Nachkriegsgeschichte kommen aus Nordrhein-Westfalen: Heinrich Lübke, Gustav Heinemann, Walter Scheel und Johannes Rau. Das zeigt in eindrucksvoller Weise, welche Bedeutung das Land und sein Parlament für Geschichte, Entwicklung und für das politische Personal der Bundesrepublik gehabt hat – „und immer noch hat“, wie Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Vorstellung des jüngsten Bandes der Schriftenreihe des Landtags betonte.



Vier Bundespräsidenten, vier Autoren. Regine Deitermann hebt bei ihrem Porträt das soziale Engagement Lübkes hervor, der sich wie ein roter Faden durch sein Leben zieht. Ohne den gebürtigen Sauerländer wären die Probleme der Entwicklungsländer nicht so früh und so umfassend ins öffentliche Bewusstsein getreten. Sein Einsatz für den ländlichen Raum und seine Arbeiten an der Lösung agrarsozialer Fragen werden ebenfalls beleuchtet.

Kristian Frigelj schildert Konsequenz und Nüchternheit, mit denen es Gustav Heinemann gelang, einem großen Teil der Ende der 60-er Jahre aufbegehrenden Jugend Vertrauen in die Demokratie zu vermitteln. Walter Scheels Weg von Kommunalpolitik, über die

nordrhein-westfälische Landespolitik in das Amt des Bundespräsidenten zeichnet Peter Weigert nach – „ein Politiker ohne Dogma, der mit Heiterkeit und Härte seinen Weg geht“. Ein halbes Jahrhundert im Dienst der Demokratie, Begründer des „Wir-Gefühls“ im Land und stets auf das Motto „Versöhnen statt Spalten“ verpflichtet – Horst Werner Hartel hat seinen Beitrag über Johannes Rau mit der Überschrift „Die Macht der Toleranz“ versehen.

WECHSELWIRKUNGEN

„Die Wahlen der Bundespräsidenten waren immer von besonderer Bedeutung in der Geschichte der Bundesrepublik“, stellte Landtags-

präsident Ulrich Schmidt fest. Sie hätten Kräfteverhältnisse widerspiegelt und Veränderungen eingeleitet. Den vielfältigen Wechselwirkungen und -beziehungen geht Dr. Alois Vogel nach. Wie kommunizierende Röhren hätten die politischen Ebenen von Land und Bund gewirkt.

Band 15 der Schriftenreihe des Landtags „Vier Bundespräsidenten aus Nordrhein-Westfalen“ ist gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro zu beziehen über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtags.

Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf
Telefon 0211/884-2851
Fax 0211/884-3022
E-Mail jutta.higeist@landtag.nrw.de

Regina van Dinther (CDU) regte an, in NRW ebenso wie in Bremen eine Stalking-Beauftragte einzurichten. Bei Verdacht auf Stalking könne der Täter sofort vorgeladen und so Schlimmeres verhindert werden. Marianne Hürten (GRÜNE) war ebenfalls der Meinung, dass im Bereich Stalking Handlungsbedarf bestehe. Aber: „Der Antrag der CDU ist ungeeignet, da die Begrifflichkeiten nicht geklärt sind.“ Das Thema müsse wohl durchdacht sein. „Wir brauchen ein Gesetz, das klarstellt, wo die Grenze zum Verbrechen verläuft“, forderte sie, aber das leiste der CDU-Antrag nicht.

Der Antrag sei nicht gründlich genug, fand auch Gerda Kieninger (SPD) und sprach sich dagegen aus. Für Helga Gießelmann (SPD) stand Aufklärung an erster Stelle. Es sei notwendig, die betroffenen Frauen darüber aufzuklären, wie sie sich verhalten sollten und wo sie Hilfe bekämen, wenn sie belästigt würden. „Stalking entsteht zwar häufig aus Beziehungen, hat aber nichts mit Liebe zu tun, sondern mit Kontrolle und Macht“, stellte sie klar.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) schlug vor, Stalking ausdrücklich ins Gewaltschutzgesetz zu übernehmen, da der Tatbestand der psychischen Gewalt erfüllt sei. Frauen seien aber nicht

Kontrolle und Macht

Stalking soll eigener Straftatbestand werden

„Stalking“, die systematische Belästigung und Verfolgung Anderer, stellt derzeit noch keinen Straftatbestand dar. Das soll sich ändern. Auf Antrag der CDU hat sich der Ausschuss für Frauenpolitik vor kurzem mit der hessischen Initiative befasst, bei der Hessen dem Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat. Dem solle sich NRW anschließen, meint die CDU.

immer nur Opfer, sondern manchmal auch Täter, stellte sie klar. „23 Prozent der Stalker sind Frauen.“ Daher bedürfe es einer tief greifenden Analyse des Phänomens, bevor eine neue Gesetzeslage geschaffen werde. YV

Ende gut – alles gut?

Der Queen-Besuch rundet ein arbeitsreiches Jahr im Landtag ab

Besserung bei den unsäglichen Zuständen auf der Schiene, Vertrauen in ein Anspringen der Konjunktur und damit wieder steigende Steuereinnahmen, Fortschritte beim Abbau von Bürokratie, Eintreten gegen den Terror – es gab viele und ernste Themen im Landtag anzupacken und voranzutreiben. Da war der Besuch der britischen Queen und des Prinzgemahls zum Ende des Jahres eine angenehme, ja heitere Unterbrechung: Für ein paar Stunden vergewisserten sich Freunde ihrer gegenseitigen Wertschätzung in einer Welt, die viel zu selten für positive Schlagzeilen sorgt.

Januar: Der Haushalts- und Finanzausschuss verabschiedet die von SPD und Grünen beantragten Änderungen für den Doppelhaushalt 2004/2005. Ein Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro in 2004 und 140 Millionen Euro in 2005 wird umgeschichtet.

Februar: Die für 2005 geplante Verkleinerung des Landtags von bisher 231 auf zukünftig 181 Abgeordnete macht eine Neueinteilung der Wahlkreise notwendig. Die Mehrheit des Landtags beschließt mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen das Gesetz.

In dritter Lesung verabschiedet der Landtag den Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005. Die Opposition bezeichnet den Haushalt als verfassungswidrig. Die Koalition wirft der Opposition vor, sie bleibe seriöse Alternativen schuldig.

März: Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt einstimmig die sieben Änderungsanträge zum Gesetzentwurf über die Umwandlung der WestLB in eine Landesstruktur- und Förderbank an. Neuer Name: NRW.BANK.

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung befasst sich mit dem Hochschulkonzept NRW 2010. Vertreter der Landesrektorenkonferenz sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW fordern Nachbesserungen.

Der Wirtschaftsausschuss zieht eine einheitliche Bilanz über das vor einem Jahr in Kraft getretene Tarifreugesetz. Das Gesetz wurde vom Landtag beschlossen, um Lohn-dumping zu unterbinden.

April: Der Wissenschaftsausschuss hört Sachverständige zum Entwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Studentenwerkesgesetzes (StWG), das den Studentenwerken in NRW mehr Eigenverantwortung geben soll.

Die Landesregierung will nicht hinnehmen, dass der Freistaat Sachsen per Lkw Atommüll aus dem stillgelegten sächsischen Versuchsreaktor Rossendorf in das münsterländische Ahaus zur Zwischenlagerung bringen lässt.

Viele Tote bei den Terroranschlägen in Madrid: Innenminister Fritz Behrens (SPD) unterrichtet den Landtag über die Sicherheitslage im Land und ruft zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terror auf.

Mai: Die Opposition scheitert mit ihrem Vorhaben, den Ministerpräsidenten auf ein Nein zur in Berlin geplanten Ausbildungsplatzabgabe zu verpflichten. Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) lehnt eine Stellungnahme ab, bevor der Bundestag darüber entschieden hat.

Die Oberbürgermeister aus Köln, Essen und Münster präsentieren ihre Bewerbungskonzepte für den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2010 im Kulturausschuss und zeigen sich optimistisch, dass Europas Kulturhauptstadt 2010 in NRW liegen wird.

Zehn neue Länder treten am 1. Mai der Europäischen Union bei. Mit einigen dieser Länder unterhält der Landtag NRW schon seit einiger Zeit intensive Kontakte – so durch die Deutsch-Baltische, Deutsch-Polnische und Deutsch-Slowakische Parlamentariergruppe.

Vier Ausschüsse des Landtags NRW erörtern das Kopftuchverbot für Lehrerinnen. Die SPD-Fraktion holt ein juristisches Gutachten ein, das ein grundsätzliches Verbot des

Kopftuchs in Verbindung mit einer unverzichtbaren Einzelfallprüfung vorschlägt. Die CDU plädiert für ein pauschales Verbot des Kopftuches in Verbindung mit einer Privilegierung der christlichen Religion.

Juni: Der Landtag berät in erster Lesung das Schulgesetz für das Land NRW. Neben weiterer Entbürokratisierung, mehr Transparenz und Autonomie führt der Gesetzentwurf das Abitur nach zwölf Jahren als Regelfall ein.

In zweiter und dritter Lesung billigt der Landtag die Verfassungsänderung zur Aufnahme des strikten Konnexitätsprinzips in die Landesverfassung. Danach muss das Land für Kosten aufkommen, die Städte und Gemeinden durch gesetzgeberische Maßnahmen oder durch Entscheidungen der Landesregierung auferlegt werden.

Im Zeichen der anhaltenden Konjunkturschwäche legt die Landesregierung den ersten Nachtragshaushalt für 2004 vor. Einnahmeausfällen will die Koalition nicht durch rigoroses Sparen, sondern durch Anhebung der Neuverschuldung begegnen. Die Opposition lehnt das unter Hinweis auf den hohen Schuldenstand des Landes ab.

Juli: Der Landtag berät den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen „In NRW Potentiale des e-Government verstärkt nutzen“. Darin wird angekündigt, dass Verwaltungsabläufe stärker über das Internet abzuwickeln sind.

In einer Regierungserklärung zur Energiepolitik räumt Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) der heimischen Kohle einen festen Platz im Energiemix der nächsten Jahrzehnte ein; gleichzeitig kündigt er den Ausbau erneuerbarer Energien an. Die CDU sieht darin „Realitätsverweigerung“.

Der Haushalts- und Finanzausschuss verabschiedet den Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt 2004. In den zwei vorangegangenen Anhörungen war die Verfassungskonformität des Nachtragshaushalts diskutiert worden.





September: In einer Sondersitzung wird der Nachtragshaushalt 2004 verabschiedet. Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) titulierte den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jürgen Rüttgers als „Relikt aus der Kohl-Ära“; der erkennt in dem Ministerpräsidenten „die Verkörperung der Hoffnungslosigkeit in diesem Land“.

Vor der Sommerpause behandelt der Landtag zwei Anträge zum menschenwürdigen Sterben und zur multiprofessionellen palliativen Versorgung Schwerstkranker. Alle Fraktionen sind sich in der strikten Ablehnung aktiver Sterbehilfe einig.

Oktober: Im Innenausschuss wird Erleichterung über die gegläuckte Abschiebung des selbsternannten „Kalifen von Köln“ deutlich. Der Innenminister berichtet in einer Aktuellen Viertelstunde über Kaplans Ausweisung nach Istanbul, wo der Extremist in einem Hochverratsprozess vor Gericht gestellt werden soll.

Der Landtag beginnt mit dem Test von Elementen einer neuen Ge-

schaftsordnung, über die der kommende Landtag zu entscheiden hat. Es gibt eine Kernzeit für wichtige landespolitische Themen, die Fraktionen können Eilanträge stellen, die Bearbeitungsfristen werden verkürzt, um die Arbeit des Parlaments transparenter und aktueller zu machen.

Dem Verkehrsausschuss verspricht der Chef der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, das Verspätungs-Chaos des vergangenen Herbstes werde sich nicht wiederholen. Gleichzeitig wirbt er für die Unterstützung seines Nahverkehrskonzepts „Herbst 2004“. In der Folge verabschiedet der Landtag ein Gesetz, das die Zahlung von Strafen vorsieht, wenn die Bahn im Regionalverkehr die vertraglichen Leistungen den Verbänden gegenüber nicht erfüllt. Außerdem bringt NRW eine Initiative im Bundesrat ein, mit der die Schadensersatzansprüche der Bahnkunden im Fernverkehr auf eine zeitgemäße Basis gestellt werden sollen.

Einstimmig fordert der Landtag auf Antrag von SPD und Grünen die Stromkonzerne auf, Zurückhaltung bei den angekündigten Strompreiserhöhungen zu üben. Die Landesregierung soll die Anträge auf Strompreiserhöhung kritisch unter die Lupe nehmen. Alle vier Fraktionen fordern „mehr Wettbewerb bei Strom und Gas“.

November: Die englische Königin und Prinz Philip besuchen den Landtag. In ihrer Rede sagt die Queen, sie habe bei ihrer Visite neues Vertrauen in die tiefe Freundschaft zwischen NRW und Großbritannien gefasst. Landtagspräsident Ulrich Schmidt unterstreicht die vielfältigen historischen und gegenwärtigen Verbindungen zwischen NRW und dem Vereinigten Königreich.

CDU
und FDP

fordern in unterschiedlichen Anträgen zumindest an Werktagen eine Aufhebung des Ladenschlusses. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts soll diese Frage demnächst von den Länderparlamenten entschieden werden.

Europaminister Wolfram Kuschke (SPD) legt den Mitgliedern des Europa- und EinWelt-Ausschusses den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission über die Beitrittsfähigkeit der Türkei vor.

General Motors in den USA droht mit der Schließung eines Opelwerks in Deutschland. In einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde debattiert der Landtag über die Zukunft des Opel-Werks in Bochum. Eine Schließung wird von allen Fraktionen einhellig abgelehnt.

Schnelles Handeln staatlicher Stellen begrenzt den Dioxinalarm durch verseuchtes Futtermittel auf fünf Höfen in NRW. Die EU müsse endlich verbindlich festlegen, was in Futtermittel hineingehöre und was nicht, verlangt Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) im Landtag.

Dezember: Der Landtag berät in zweiter Lesung den von der Landesregierung vorgelegten zweiten Nachtragshaushalt 2004/2005. Vorgesehen ist die Anhebung der Neuverschuldung um 830 Millionen Euro. Damit liegt die Verschuldung um 3,25 Milliarden über den Investitionen. Die Regierung begründet dies mit einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Opposition macht die Politik der Landesregierung für die Probleme verantwortlich.

Die Föderalismuskommission, die die Beziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue (und einfachere) Grundlage stellen soll, kommt zum Ende ihrer Beratungen. Im Plenum diskutieren die Abgeordneten den Sachstandsbericht von Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD). Knackpunkte sind bis zuletzt die Zuständigkeiten bei Hochschulen, Umweltschutz und innerer Sicherheit.

In zweiter Lesung berät der Landtag das neue Schulgesetz. Zur geplanten Verabschiedung kommt es nicht, weil CDU und FDP weiteren Beratungsbedarf sehen und eine dritte Lesung beantragen. Das Gesetz soll zum Schuljahr 2005/2006 in Kraft treten. YV



SPD

Leseförderung stärker in den Mittelpunkt stellen

Die bundesweiten Ergebnisse der neuen PISA-Studie zeigen, dass die Leseförderung stärker in den Mittelpunkt gestellt werden und einen größeren Raum im Unterricht einnehmen muss“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Brigitte Speth. Die Werte deutscher Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz hätten sich zwar stabilisiert, allerdings auf einem immer noch recht niedrigen Niveau. „Kinder und Jugendliche müssen im Unterricht häufiger lesen“, forderte Speth. Nur durch einen systematischen Ausbau könne die Lesefähigkeit auf Dauer verbessert werden. Erste Erfolge hingegen seien in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichen erzielt worden, stellte Speth fest. Das bestätigten die Ergebnisse der Studie in diesen Kompetenzfeldern.

Deutlich über dem OECD-Durchschnitt liege Deutschland bei dem Kompetenzwert Problemlösen, berichtete Speth. Allerdings werde in einer ersten Analyse deutlich, dass hier vor allem die Gymnasien zu diesem Ergebnis beigetragen hätten. „Das ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass wir weiterhin über den Weg der individuellen Förderung besonders bei den unteren Leistungsgruppen ansetzen müssen“, erklärte Speth. Ansonsten würden die Bildungschancen noch ungleicher verteilt, wodurch besonders Migrantenkinder benachteiligt wären. Speth: „Wir brauchen mehr Sprachförderung und die Ausweitung der Offenen Ganztagschule in der Sekundarstufe I. Diesen Weg haben wir eingeschlagen und wir werden ihn konsequent fortsetzen.“

FDP

Klare Absage an Einheitsschule

Die Ergebnisse der PISA-II-Studie haben der deutschen Bildungspolitik erneut ein schlechtes Zeugnis ausgestellt – unsere Schüler sind nur Mittelmaß. Dabei ist aus Sicht der FDP-Fraktion Bildung eine Schlüsselqualifikation für die dringend notwendige gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung. Um Konsequenzen aus den PISA-Ergebnissen ziehen und grundlegende Reformen einleiten zu können, sei es aber erforderlich, dass die vollständigen Daten des Bundesländervergleichs und ihrer Schulformen schnellstmöglich vorgelegt werden, erklärt der Bildungsexperte, Ralf Witzel. Bereits jetzt, ohne die Vergleichsdaten der unterschiedlichen Bildungssysteme, als Schnellschuss wie die Grünen eine Einheitsschule zu fordern, sei unseriös und verantwortungslos gegenüber unseren Kindern. „Zudem zeigen die PISA-Ergebnisse, dass die Bildungsmisere in NRW nicht durch ideologische Schulstrukturdebatten beseitigt wird, stattdessen bedarf es der individuellen Förderung aller Schüler“, stellt Witzel klar. „Wir brauchen auch künftig ein differenziertes und begabungsgerechteres Bildungssystem.“ Daher appelliert der Bildungspolitiker an alle rot-grünen Schul-Ideologen ihren Feldzug gegen die Hauptschulen zu stoppen. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn habe kürzlich in verantwortungsloser Weise die Zerschlagung der Schulform propagiert. Nun sei es die Pflicht von Schulministerin Ute Schäfer, diese Attacke klar zurückzuweisen. „Statt einen unfruchtbaren Schulstreit anzuzetteln müssen endlich Unterrichtsbedingungen und Unterrichtsqualität unverzüglich und nachhaltig verbessert werden.“

CDU

„Stadtmenschen, Schattengeister und Gedanken“

Das trübe Wetter konnte die gute Stimmung der Besucher bei der Ausstellungseröffnung des Dormagener Künstlers Edgar Moris bei der CDU-Landtagsfraktion nicht trüben. Über fünfzig Kunstinteressierte folgten der Einladung in den Düsseldorfer Landtag.

So begrüßte der Dormagener CDU-Landtagsabgeordnete Karl Kress unter den zahlreichen Gästen unter anderem auch den stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Dormagen, Hans Sturm (CDU). Karl Kress lobte den von Edgar Moris und der Holiday-Inn-Hotelkette vor sechs Jahren ins Leben gerufenen Hobby- und Kunstmarkt, dessen Erlöse für Leukämie-Kranke zur Verfügung gestellt werden.

Aus fachlicher Sicht übernahm der Fachbereichsleiter der Stadt Dormagen für „Schule, Kultur, Sport und Freizeit“, Heinz Pankalla, das Mikrofon. Er führte in die Denkweise des Künstlers ein. So erzählt jedes Bild eine Geschichte. Neben abstrakten Bildern finden



sich auch Landschaftsimpressionen. Auch eine kopflose Person ist auf einem Bild direkt gegenüber dem Fraktionssaal zu entdecken. Lächelnd wies Karl Kress ausdrücklich darauf hin, dass dieses Bild auf keinen Fall im Zusammenhang mit Mitgliedern der CDU-Fraktion steht.

GRÜNE

Ein schönes Weihnachtsfest

Die Grüne Fraktion wünscht allen Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsfest 2004 und einen fröhlichen Rutsch ins Neue Jahr. Auch die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Grünen Fraktion freuen sich auf die Weihnachtspause und werden die Festtage und den Jahreswechsel mit Familie, Freunden und Verwandten genießen. Natürlich geht es auch darum, wieder aufzutanken, denn 2005 warten wichtige Aufgaben auf uns. Durch die im Mai anstehende Landtagswahl wird die nordrhein-westfälische Landespolitik noch mehr im Fokus der Berichterstattung stehen. Aber die Grüne Fraktion wird auch im Jahr 2005 die Heraus-



forderung annehmen. Unter dem Motto „Dranbleiben!“ gilt es, die ökologische und soziale Erneuerung NRWs weiter voranzutreiben. – Sylvia Löhrmann (l.), Fraktionsvorsitzende, und Johannes Rimmel (r.), Parlamentarischer Geschäftsführer werden auch 2005 dranbleiben.



Porträt der Woche: Karin Jung (SPD)

Schon bei ihrer ersten Kandidatur 1995 für den Landtag wusste Karin Jung genau, warum sie in das NRW-Parlament einziehen wollte: „Mir ging es darum, die Schulen so zu verändern, dass sie wirkliche Chancengleichheit bieten“, sagt die SPD-Abgeordnete, die selber 25 Jahre lang als Lehrerin gearbeitet hat. Zusammen mit anderen Sozialdemokraten hat sich Karin Jung seit Anfang der 90-er Jahre für die Offene Ganztagsgrundschule engagiert.

Mit dieser kleinen, aber klaren Nummer sei sie 1995 angetreten und das Ziel sei jetzt erreicht, meint die SPD-Abgeordnete: „Zwar gibt es die Ganztagsgrundschulen noch nicht flächendeckend, aber inhaltlich ist das Thema akzeptiert und auch praktisch ist es auf den Weg gebracht.“

Ganz so einfach wie sich Karin Jung vor zehn Jahren ihre Lobby-Arbeit für Schüler vorgestellt hatte, lief das in der Abgeordnetenwirklichkeit dann aber nicht. Nach ihrer erfolgreichen Wahl wurden ihr zunächst der Innen- und der Rechtsausschuss als Arbeitsfelder zugewiesen. Ihr Ziel verlor sie allerdings nicht aus den Augen. Als sich nach einem Jahr die Möglichkeit bot, in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu wechseln, hat sie die Chance wahrgenommen. In unzähligen Ausschusssitzungen und Arbeitskreisen hat sie sich seither für die Betreuung der Schüler am Nachmittag eingesetzt. Ihr schulpolitisches Engagement führte dazu, dass es nach ihrer Wiederwahl 2000 keinerlei Probleme gab, als ordentliches Mitglied ihre Arbeit im Schulausschuss fortzusetzen. Heute freut sie der politische Erfolg.

Dabei war es keineswegs ihr Ziel gewesen, Berufspolitikerin zu werden. Am 3. September 1942 in Berlin geboren, hatte Karin Jung dort das Abitur gemacht und auch in Berlin Germanistik und Geschichte studiert. Nach dem 1. Staatsexamen ging sie mit ihrem Mann Volker Jung nach Düsseldorf und arbeitete nach dem 2. Staatsexamen am Hildener Helmholtz Gymnasium als Lehrerin. Parteipolitisch hatte sie sich bereits mit 18 Jahren bei der SPD engagiert und gehörte zum linken Flügel.

ENGAGEMENT

Von 1979 bis 1995 war Karin Jung als Stadtverordnete im Rat der Stadt Düsseldorf. Dort beschäftigte sie sich bereits intensiv mit Schul- und Sozialfragen. Als die Partei sie bat, für den Landtag zu kandidieren, war sie zunächst überrascht, sagte dann aber zu, schließlich hatte sie ein Ziel. „Bei meiner Kandidatur habe ich gesagt, dass ich nicht die Front der Lehrer im Landtag verstärken wollte, die ideologische Grabenkämpfe ausfechten, sondern mich um eine Verbesserung der Kinder kümmern wollte – und das hat offenbar Wirkung gezeigt“, erinnert sich Karin Jung heute. Neben dem Schulausschuss arbeitet sie in der laufenden Legislaturperiode auch im Europa- und Eine-Welt-Ausschuss mit. Eine Tätigkeit, die zeitaufwendig ist, aber der früheren Juso-Frau inhaltlich Freude macht.

Da Karin Jung ihren Wahlkreis in Düsseldorf hat, entfallen für sie weite Fahrten,

außerdem kann sie ihr Büro im Parlament als Wahlkreisbüro nutzen. Zwar hat sie auch einen Raum in der Parteizentrale, aber die meiste Arbeit läuft im Landtag zusammen, wobei sie einräumt, dass sie im Gegensatz zu den Kollegen, die einen Wahlkreis auf dem Land haben, weniger häufig von den Bürgern angesprochen wird.

Ganz sachte bestellt Karin Jung jetzt schon ihr Feld. Im Schulausschuss ist ihr Anliegen „auf die Schiene“ gesetzt. Als Sprecherin im Europa- und Eine-Welt-Ausschuss arbeitet sie ihren möglichen Nachfolger ein. Für sie war immer klar: Nach zehn Jahren ist Schluss. Sie wird nicht mehr kandidieren. Ob sie an die Schule zurückkehrt, hat sie noch nicht entschieden. Karin Jung: „Einerseits reizt mich das, andererseits würde ich auch gern einmal außerhalb der Schul- oder Parlamentsferien Urlaub machen.“ Und da steht die Provence als Lieblingsreisegebiet ganz oben auf der Liste.

Autorin:
Gerlind Schaidt



Hilfe zum Leben Caritas zeigt weltweites Wirken

Caritas ist international

Mitte Dezember hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt zusammen mit dem Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Winfried Risse und dem Leiter von Caritas International, Martin Salm, die Wanderausstellung der Caritas eröffnet, die bis zum 22. Dezember in der Wandelhalle des Landtags zu sehen war.

„Der Landtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die Arbeit von Caritas International und will durch die Präsentation dieser Ausstellung mithelfen, die Köpfe und Herzen der Menschen zu erreichen – und die Irrlehre vom

Tropfen auf den heißen Stein zu widerlegen“, so der Landtagspräsident in seiner Eröffnungsansprache.

Die Wanderausstellung dokumentiert die weltweite Präsenz der Caritas und informiert über die Katastrophenhilfe im Rahmen von jährlich bis zu 1.500 Hilfsprojekten, die das Caritas-Netzwerk aus 154 lokalen Organisationen leistet. Anhand von Beispielen aus aller Welt wird deutlich, wo die Caritas international in akuten Krisensituationen hilft und nachhaltige Unterstützung leistet, damit Menschen langfristig besser leben können. ♻️

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 24. Dezember 2004 bis 25. Januar 2005

24.12.	Hans Frey (SPD)	55
25.12.	Heinz Wirtz (SPD)	61
29.12.	Bodo Champignon (SPD)	63
30.12.	Oliver Keymis (GRÜNE)	44
1. 1.	Claudia Nell-Paul (SPD)	51
6. 1.	Günter Garbrecht (SPD)	55
7. 1.	Rainer Schmeltzer (SPD)	44
7. 1.	Christian Lindner (FDP)	26
8. 1.	Hubert Schulte (CDU)	60
10. 1.	Peer Steinbrück (SPD)	58
10. 1.	Josef Hovenjürgen (CDU)	42
13. 1.	Hans-Dieter Moritz (SPD)	65
13. 1.	Volkmar Klein (CDU)	45
15. 1.	Dr. Georg Scholz (SPD)	47
17. 1.	Bernd Flessenkemper (SPD)	55
18. 1.	Horst Engel (FDP)	58
19. 1.	Karl-Heinz Rusche (fraktionslos)	64
19. 1.	Thomas Mahlberg (CDU)	40
20. 1.	Hermann-Josef Arentz (CDU)	52
23. 1.	Gabriele Gorcitzka (SPD)	53
23. 1.	Karl Peter Brendel (FDP)	50
24. 1.	Urban-Josef Jülich (CDU)	65
24. 1.	Barbara Steffens (GRÜNE)	43
25. 1.	Tanja Brakensiek (CDU)	36

Professor Dr. Paul Mikat (CDU), Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1969 und Kultusminister im Kabinett Meyers von 1962 bis 1966, hat seinen 80. Geburtstag gefeiert. Mit Mikats Namen ist die Gründung der Universitäten Bochum, Düsseldorf, Bielefeld und Dortmund verbunden. Reformen im Schulbereich, die er umgesetzt hat, ließen den bildungspolitischen Rückstand gegenüber anderen Bundesländern schrumpfen. Der stets als Moderator wirkende studierte katholische Theologe und Jurist mischte sich auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag (1987) in das Geschehen ein. So leitete Mikat die Kommission, die zur Erneuerung der nordrhein-westfälischen Montanregionen 1989 ihre Vorschläge veröffentlichte. Mikat wurde in Scherfede geboren, ist seit 1945 CDU-Mitglied und wurde 1985 mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet.

Dr. Eugen Gerritz, Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1995 und kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat die Zeit der Maueröffnung vor 15 Jahren miterlebt und zu einem Bändchen zusammengefasst, das im Krefelder Sassafras-Verlag erschienen ist. Sein „Leipziger Tagebuch“ beschreibt (Gerritz: „Ich bin dabei gewesen, ein großes Seelenerlebnis“) die Ereignisse zwischen dem 9. und 15. November 1989, als er mit einer Delegation des nordrhein-westfälischen Kulturausschusses die NRW-Kulturtage in Leipzig besuchte. Johannes Rau, früherer Bundespräsident, schrieb dem Autor: „Diese Seiten sind eine hochinteressante und sehr bewegende Lektüre.“

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der Präsident des Landtags, Ulrich Schmidt, wünscht als Herausgeber der Parlamentszeitschrift allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein geruhsames Weihnachtsfest und alles Gute zum Neuen Jahr.

Weihnachtsstimmung im Landtag

Eine prächtige Nordmanntanne hat der Waldbauernverband NRW gestiftet. Geschmückt steht sie in der Eingangshalle und erfreut Abgeordnete, Besucher und Beschäftigte. Für das gesamte Parlament bedankte sich Landtagsvizepräsident Jan Söffing beim Vorsitzenden des Verbands, Dietrich Graf von Nesselrode, für den Baum, der diesmal aus Rätinger Wäldern stammt. Das Weihnachtsbrauchtum setzt sich am 6. Januar kommenden Jahres fort, wenn die Jungen und Mädchen der katholischen Pfarrgemeinde St. Martin in Düsseldorf-Bilk wie in jedem Jahr als Sternsinger den Landtag besuchen. Seit 1959 singen bundesweit die Sternsinger ihre Lieder und bitten um eine Spende – mit Erfolg: Seitdem sind 310 Millionen Euro für rund 28.000 Hilfsprojekte in aller Welt zusammengekommen.

Foto: Schälte